

## — Zwanzigster Jahrgang. —

## Nr. 29.

**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 14. bis 20. Juli 1911.

Posen, den 25. Juli 1911.

**Aus den Blättern der Provinz Posen.**Aus Nr. 160 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 16. Juli 1911:**Das Bündnis mit dem Zentrum.**

Das Provinzialwahlkomitee für Westpreußen und Ermland hat neuerdings einen Aufruf erlassen, in welchem es in Erinnerung bringt, daß bei den Reichstagswahlen nur Kompromisse abgeschlossen werden dürfen, die sich auf die Stichwahlen beziehen. Es unterliegt keiner Frage, daß die Hauptveranlassung zu dieser Kundgebung die seit einiger Zeit in der polnischen Presse berührte Angelegenheit unseres Verhältnisses zur Zentrumsparlei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ist.

Wie ist, oder genauer, wie wird im entscheidenden Augenblick dieses Verhältnis beschaffen sein? Nun, es muß gleich von vornherein betont werden, daß mit Ausnahme der Katholikblätter in Oberschlesien, wo diese Sache eine sehr brennende ist, sich fast die gesamte polnische Presse mehr oder weniger entschieden gegen ein Bündnis mit dem Zentrum, beim ersten Wahlgange wenigstens, erklärt hat. Es ging bei dieser Gelegenheit auch hier und da nicht ohne bittere, an die Adresse des Zentrums gerichtete Vorwürfe ab. Man erinnerte diese Partei daran, daß sie in verschiedenen Fällen wichtige polnische Interessen nicht anerkannt habe, und daß sie sich ausschließlich habe vom Parteigoismus leiten lassen.

Wir sind natürlich von einem grundsätzlichen Widersachertum und von Abneigung gegen das Zentrum weit entfernt. Ist das doch die einzige deutsche Partei, welche die gegen uns geführte Politik der preußischen Regierung unausgesetzt und konsequent bekämpft. Gewiß, in dieser Bekämpfung machten sich dann und wann gewisse Wandlungen bemerkbar, die sich aus der Tatsache erklären, daß eine Oppositionspartei anders spricht, als eine Partei, welche einen Bestandteil der Regierungsmehrheit bildet. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Entnationalisierungspolitik der preußischen Regierung hat jedoch das Zentrum nicht außer acht gelassen, und es wird sie nicht außer acht lassen aus dem einfachen Grunde, weil diese Politik seinem politischen Programm zuwiderläuft.

In der größten Zahl der Fälle, in welchen die nationalen und namentlich die religiösen Interessen unserer Volksgemeinschaft ins Spiel kommen, ist das Zentrum unser Bundesgenosse in der parlamentarischen Arena in Berlin.

Wir überschätzen die Tragweite, welche diese Arena für unsere Volksgemeinschaft hat, keineswegs. Wir

wissen wohl, daß unser Geschick weit mehr von der solidariischen und energischen nationalen Verteidigung in der Heimat, als von den oder jenen Beschlüssen der parlamentarischen Körperschaften abhängt. Nichtsdestoweniger darf auch die parlamentarische Tätigkeit unserer Vertreterschaft nicht gering geschätzt werden. Gegebenenfalls kann sie unserer Volksgemeinschaft recht beachtenswerte Dienste leisten. Es hat doch nicht an Fällen gefehlt, in denen die polnischen Stimmen in sehr wichtigen Angelegenheiten die Schale des Sieges auf diese oder jene Seite geneigt haben. Schon aus diesem rein praktischen Gesichtspunkte ist das Gewinnen einer auch nur geringen Zahl neuer Mandate keineswegs gleichgültig. Selbstverständlich gilt es unter solchen Verhältnissen auch den Bundesgenossen zu unterstützen, damit er eine möglichst große Zahl von Mandaten gewinne, besonders da, wo er gegen Parteien kämpft, die uns am ärgsten übel wollen und ohne Vorbehalt alle gegen unsere nationale Existenz gerichteten Gesetze unterstützen. Und eine solche Lage treffen wir in vielen Wahlkreisen an, in denen sich das Zentrum um die Mandate bewirbt und die polnischen Stimmen entscheiden.

Auch wir sind der Ansicht, daß es vom rein politischen Gesichtspunkte aus vorteilhafter wäre, wenn in diesen Wahlkreisen, natürlich gegen ein entsprechendes Äquivalent, die Polen ihre Stimmen gleich im ersten Wahlgange dem Zentrumskandidaten gäben. Gewiß, dem läuft der ausdrückliche Wortlaut der Satzung unserer höchsten Wahlbehörde zuwider. Aber von diesem Gebot ist schon mehrfach abgegangen worden, wenngleich bisher nur bei Ergänzungswahlen. Wir befürchten auch nicht, daß eine solche Stimmenabgabe auf unsere Wähler einen demoralisierenden Einfluß ausüben könnte. Sie sind im allgemeinen schon zu sehr national- und politisch bewußt, als daß sie aus einer solchen Entscheidung des Wahlkomitees falsche und ihrer Nationalität schädliche Schlüsse ziehen sollten.

Doch könnten wir uns schließlich zu diesem immerhin riskanten Schritte einzig dann aufschwingen, wenn er uns irgendwelche reale Vorteile sicherte oder wenn wir für den dem Zentrum gewährten Beistand auf eine wirksame Hilfe dieser Partei bei den bevorstehenden Wahlen rechnen könnten. Indes ist diese Hilfe mehr als zweifelhaft. In unserem Landesteil gibt es zwei Wahlkreise, der Lissaer und Meseritzer, wo die katholische Bevölkerung die protestantische bedeutend überwiegt; aber ungeachtet dessen siegen in diesen Wahlkreisen schon seit einer Reihe von Jahren, und zwar mit sehr ansehnlicher Mehrheit, die deutschen Konservativen. Die deutsch-katholische Bevölkerung hört geradezu auf die vom Parteivorstand ausgegebene Losung nicht und wählt den Regierungskandidaten. Besonders im gegenwärtigen



Moment, in welchem die Beziehungen zwischen Zentrum und Konservativen so enge sind, sprechen sehr wenig Aussichten für die Möglichkeit, die konservativen Kandidaten aus diesen Wahlkreisen zu beseitigen.

Ähnliche Verhältnisse herrschen in andern Landesteilen, ganz abgesehen von Oberschlesien, wo in einigen Wahlkreisen der Wahlkampf sich geradezu zwischen Polen und Zentrum vollziehen kann.

Und schließlich noch ein Grund, zweifellos der wichtigste. Es ist eine traurige Tatsache, die aber nicht dem geringsten Zweifel unterliegt, daß in letzter Zeit die Beziehungen zwischen den Polen und der deutsch-katholischen Bevölkerung sich immer mehr zuspitzen. Besonders in den Ostmarken schlägt der verfolgungswütige und verheerende Galatismus inmitten dieser unter der politischen Leitung von Staatsbeamten stehenden Bevölkerung immer tiefer Wurzel. Das ruft natürlich eine entsprechende Reaktion auf Seiten der polnischen Volksgemeinschaft hervor, und diese Abneigung überträgt sich auf die Zentrumsparterie, die in nichts zur Schaffung dieser Verhältnisse beigetragen hat, jedoch für die verantwortliche politische Vertretung der deutsch-katholischen Bevölkerung angesehen wird.

Unter solchen Verhältnissen könnte die Anordnung, gleich beim ersten Wahlgange für den Zentrums-kandidaten zu stimmen, in breiten Kreisen unserer Wähler auf Widerstand stoßen und eine Entzweiung hervorrufen, für deren verhängnisvolle Folgen die Erringung eines oder sogar mehrerer Mandate wirklich kein Entgelt sein würde.

Aus Nr. 158 des Kurjer Poznanski (Posen)  
vom 14. Juli 1911.

Posen, den 13. Juli 1911.

### Unsere politische Aufgabe.

Die politischen Verhältnisse in Galizien kann man mit den politischen Verhältnissen in unserem Landesteile nicht unmittelbar zusammenstellen. Im Schoße unserer Gesamtheit sind andere äußere Verhältnisse und eine andere Zusammenstellung der Richtungen und der politischen Kräfte vorhanden. Ebenso darf man nicht so ohne weiteres die dortige Wahlkampagne mit der hiesigen, sei es mit dieser oder einer anderen politischen Wahlkonstellationen, vergleichen.

Doch sind in der dortigen politischen Situation gewisse Erscheinungen prinzipieller Natur, aus welchen man auch für unsere politischen Verhältnisse im preussischen Anteil praktische Schlüsse ziehen kann.

Die Redner der Nationaldemokratie in Galizien haben in verschiedenen Versammlungen im Verlaufe des Wahlkampfes hervorgehoben, daß die Wahlen für diese Partei nicht der Anfang und das Ende des politischen Gedankens und der politischen Ambition seien. In Galizien „macht“ die Regierung die Wahlen — heute nach dieser, morgen nach einer andern Richtung hin — abhängig davon, wer am Ruder steht. Daher auch bilden die Wahlen in Galizien nicht das Barometer der öffentlichen Meinung. Wir sprechen von der Meinung der Elemente, welche selbständig politisch denken wollen und können. Die feste Organisation dieser politischen Meinung nebst der Organisation eines Stammes von Leuten der politischen Arbeit ist die eigentliche Aufgabe der nationaldemokratischen Partei, wie man in der Bürgerversammlung in Lemberg hervorgehoben hat.

Damit gehen wir zu unseren Verhältnissen über. In demokratisch-volksparteilichen Kreisen begegnen wir oft der Auffassung, als ob der Wahlkampf die einzige oder fast ausschließliche Aufgabe des national-

demokratischen Vereins wäre. Wir teilen diese Auffassung auf keinen Fall. Die Wahlen spielen im politischen Leben zweifelsohne eine hervorragende Rolle, doch erschöpfen sie das politische Leben nicht im entferntesten. Zum Glück, denn fast immer wirkt der Wahlkampf in die Gesamtheit größere oder kleinere Erregungskeime hinein — wenn auch nicht immer so große, wie in Galizien.

Außer den Wahlen haben wir einen ununterbrochenen Lauf von politischen Vorfällen teils in der Arena der parlamentarischen Politik, teils auf dem Boden der Alltagsarbeit und der nationalen Selbstverteidigung der Gesamtheit. Gegenüber diesen politischen Vorfällen muß die Gesamtheit eine gute politische Orientierung besitzen, um auf dieser Grundlage eine gesunde öffentliche Meinung zu schaffen. Eine nach dieser Richtung hin ständige Einwirkung auf die Gesamtheit gehört zu den Hauptaufgaben der nationaldemokratischen Elemente. Diese Einwirkung ist um so heilsamer, je mehr sie die Mißklänge in der Gesamtheit zu vermeiden weiß, und je mehr sie eine geschlossene öffentliche Meinung schafft, welche sich dem äußeren Drucke einmütig entgegenstellt. Um diese Einmütigkeit und Geschlossenheit zu erreichen, darf man nicht aus Nachgiebigkeit vor Einzelheiten zurückschrecken. Wir weisen auf ein aktuelles Beispiel, auf die Stellungnahme der Gesamtheit gegenüber der Ostdeutschen Ausstellung, hin. Ähnlich einmütig war leztthin die öffentliche Meinung gegenüber den deutschen „Blumentagen“. An der Befestigung eines ausgesprochen nationalen Charakters und einer harten Unbeugbarkeit unserer öffentlichen Meinung werden — wir hoffen es — die nationaldemokratischen Elemente auch weiterhin unermüdet und zielbewußt arbeiten. Darin muß die nationaldemokratische Richtung ihre politische Daseinsberechtigung erblicken.

Dieses bedeutet keineswegs, als wenn wir die Wahlen geringschätzen würden, was übrigens die demokratisch-volksparteilichen Elemente niemals getan haben. Dieses werden sie auch in Zukunft nicht tun, denn das darf keine Partei. Daher müssen unsere Reihen immer in Bereitschaft stehen, und die Leiter unserer Bewegung müssen im Zentrum und in den Provinzen immer wachsam sein. Nicht, um an den Kampf zu glauben und sich diesen überall und immer zu wünschen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß man im Interesse der Gesamtheit den Kampf meiden muß, wo er nicht notwendig ist. Diese Notwendigkeit kann sich aber, wenn nicht heute, so morgen, wenn nicht hier, so dort erweisen. Daher müssen die demokratisch-volksparteilichen Cadres — unabhängig davon, den Kampf nach Möglichkeit zu vermeiden — immer in Bereitschaft stehen, und ihre Leiter müssen immer wachsam sein.

Das ist die Bedingung unserer Bedeutung und unserer Kraft, doch das macht noch nicht den ganzen Inhalt unserer Organisation und unserer Politik aus. Es würde einseitig sein, wollten wir über die Wahlen hinaus nichts mehr sehen. Der Strom des politischen Lebens fließt doch ununterbrochen fort. Die Wahlen bilden nur eine Seite dieses Lebens.

Aus Nr. 157 des Kurjer Poznanski (Posen)  
vom 13. Juli 1911:

Posen, den 12. Juli 1911.

### Die polnischen Parzellierungs-genossenschaften.

Unter dieser Überschrift brachten wir gestern einen Auszug des in Sachen unserer Parzellierungs-genossen-



schaften von Berliner Blättern gebrachten Artikels, welcher zweifelsohne von Kreisen inspiriert wurde, denen es an einer mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehenden Vergrößerung der „polnischen Gefähr“ zu liegen scheint. Vor der Hand kann man allerdings nicht feststellen, ob alle im Artikel gebrachten Zahlenangaben den Tatsachen entsprechen.

Was die angeblich so hohen Depositen anbelangt, so muß zugegeben werden, daß unser Volk in der Tat viel spart, doch andererseits darf nicht verheimlicht werden, daß das nicht immer eine Lichtseite ist, wie es der Artikel behauptet. An einem der letzten Genossenschaftstage lenkte der verstorbene Patron Baworzyniak die Aufmerksamkeit darauf, und warnte vor allzugroßer Freude über das Anwachsen der Depositen in den Genossenschaften. Zum größten Teil erklärt sich das ansehnliche Anwachsen der Depositen damit, daß die gebenden Personen nicht imstande sind, ihre Kapitalien vorteilhafter anzulegen oder — und dies ist noch weniger erwünscht — erklärt es sich durch das Fehlen der Unternehmungslust oder durch die Unfähigkeit, seine Kapitalien im Gewerbe, Handel oder Industrie unmittelbar produktiv arbeiten zu lassen. Es genügt, zu bemerken, daß die Depositen in England oder sogar in deutschen Genossenschaften verhältnismäßig keine solche Höhe als bei uns erreichen. Das bedeutet wohl keineswegs, daß die Engländer und Deutschen nicht sparen können oder übermäßig viel Geld ausgeben, sondern das kommt daher, daß der weniger bemittelte Deutsche und besonders der Engländer seine sogar kleinen Kapitalien in Hypothekenbriefen oder Wertpapieren anlegt und weiter — soweit er eine Werft hat, er daraus das Geld nicht nimmt, sondern damit arbeitet und dadurch seine Einkünfte mehr vergrößert, als dies die Polen, welche ihre Kapitalien zu verhältnismäßigem niedrigen Zinsfuß in den Banken anlegen, tun können.

Wenn die Berliner Blätter weiter das unterstreichen, daß unsere Banken viel parzellieren und dadurch angeblich der Tätigkeit der Ansiedlungskommission schaden, so ist das offensichtlich eine tendenziöse Übertreibung. Es ist doch bekannt, daß das Ansiedlungsgesetz es den Polen nicht erlaubt, bedingungslos sich außerhalb der geschlossenen Dorfgrenze anzusiedeln. Wenn nun unsere Banken parzellieren, so tun sie dies insoweit, daß sie den Boden Adjazenten verkaufen oder innerhalb des Dorfes parzellieren. Natürlich lassen die Beschränkungen, welche das Ansiedlungsgesetz auferlegt, den polnischen Banken nicht die Möglichkeit, diejenige Parzellierungstätigkeit zu entfalten, die im Verhältnis zu der großen Nachfrage, besonders seitens des polnischen Volkes erwünscht wäre.

Daß trotzdem hier und da Parzellierungsbanken, besser gesagt landwirtschaftliche Genossenschaften entstehen — die Berliner Blätter scheinen sich darüber zu wundern — so ist das eine völlig verständliche und natürliche und überaus erwünschte Erscheinung. Doch auch diese neu entstehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften können — wie das vor dem Inkrafttreten des Ansiedlungsgesetzes der Fall war — nicht mehr ans parzellieren denken, ihre Hauptaufgabe liegt auf einem andern Gebiete. So erfordert der Landhandel die Mittätigkeit ehrlicher Finanzinstitute, welche den Käufern in hypothekarischen Angelegenheiten helfen würden. Die Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Verhältnis zu den Landkäufern, welche mit Finanz- und Hypothekangelegenheiten nicht vertraut sind und daher oft der Ausbeutung anheimfallen, besteht eben darin, letztere vor der Ausbeutung und dem Wucher, welche nicht nur durch gewissenlose Agenten, sondern auch durch uns feindliche Institutionen betrieben werden, zu schützen. Dieser Wucher, welcher von

gewissen Institutionen betrieben wird, wird immer systematischer und zielbewußter, und zwar so, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in dieser Beziehung direkt ein Riesensfeld der Tätigkeit haben, die sehr notwendig ist und überaus gute Folgen zeitigen kann. Daher ist es gar nicht so wunderbar, daß neue landwirtschaftliche Genossenschaften entstehen, und daß die letzten Genossenschaftstage infolge von Referaten, die das Patronatsmitglied Dr. Karasiewicz aus Tuchel über dieses Thema hielt, sich dafür ausgesprochen haben, solche Genossenschaften möglichst zahlreich, wenn zugänglich, in jedem Kreise ins Leben zu rufen.

Der Seufzer, daß die Parzellierungsbanken mit Gewinn arbeiten und den Mitgliedern bis 10% Dividende erteilen, während die Ansiedlungskommission kolossale Verluste aufweist, ist völlig verständlich. Aber auch darin liegt nichts wunderbares. Unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften sind doch auf gesunde finanzielle und landwirtschaftliche Grundlagen gestützt, sie entsprechen den tatsächlichen landwirtschaftlichen Bedürfnissen, die Ansiedlungskommission ist dagegen eine politische Institution, ein künstlicher Bau, welcher die landwirtschaftlichen Faktoren zur Politik leitet. Für diese Hunderte von Millionen, welche die Ansiedlungskommission verschlungen hat, kann man allerdings zu gewissen Resultaten gelangen, diese sind jedoch nicht wirtschaftlich gesund, und können ohne künstliche Hilfe nicht bestehen.

Der Schmerz über den Mißerfolg der Ansiedlungskommission, welcher in dem Berliner Artikel durchschimmert, ist vielleicht eine unwillkürliche, aber entschiedene Anerkennung dessen, daß man mit Hilfe von politischen Mitteln wirtschaftliche Angelegenheiten nicht regulieren und ihnen die eigentliche Richtung geben könne.

Aus Nr. 162 des Oredownik (Posen)  
vom 19. Juli 1911:

### Germanisierungsneze.

Junge Geister unterliegen am leichtesten fremden Einflüssen, wenn man auf sie nicht gehörig acht gibt. Das wissen unsere Vorgesetzten; und darum haben sie jetzt mehr als früher ihre Bemühungen nach der Richtung des Germanisierens unserer Jugend hingekehrt. Immer mehr neue Mittel werden ausfindig gemacht, welche unsere Jugend anlocken und sie in die Germanisierungsneze verstricken sollen.

Seit langem schon sind jene berücktigten Volksunterhaltungsabende bekannt, die von eifrigen und nach Ostmarkenzulagen hungrigen Lehrern in Dörfern und Städten veranstaltet werden. Wir lassen die große Germanisierungsmaaschinerie ganz unerwähnt, welche den Namen „Preussische Schule“ führt. Das sind alles alte Geschichten. Aber gegenwärtig sucht das Germanisierungssystem über die Schule hinaus beständig Neze auszuwerfen, welche für unsere Jugend gefährlich sind.

Wie man uns aus der Provinz mitteilt, gründen die Lehrer Turnvereine für die Abendschulen. In diesen Vereinen herrscht nicht der gerühmte preussische Zwang, darum geht auch unsere Jugend, die nicht weiß, was sich dahinter verbirgt, gern zu den gemeinsamen Vergnügungen, Spielen und Ausflügen, und sie unterliegt unbewußt den germanisatorischen Einflüssen der Lehrer, indem sie deutsche Lieder singt und deutsche Kommandoworte hört. „Pflicht jedes Landmannes ist es“ — so schreibt in dieser Sache unser Korrespondent — „daß jeder Meister wisse, wo und in welcher Gesellschaft



sein Lehrling weilt, und daß er nicht gestatte, was sich für einen Polen nicht ziemt. Hört der Lehrling nicht, so bleibt nichts anderes übrig, als den Jungen fortzujagen. Einmal sollten wir doch zu der Überzeugung kommen, daß das unserem künftigen Nachwuchs schaden muß, und es ist besser, solche Leute nicht zu halten, als dadurch uns selbst und unsere Volksgemeinschaft zu schädigen."

Unser Korrespondent hat ganz recht. Wenn die Gesetze uns schon zwingen, die Lehrlinge in die Fortbildungsschule zu schicken, was, wie unsere Handwerker wiederholt hervorgehoben haben, zum Schaden des einzelnen Handwerkers und nicht minder der Volksgemeinschaft gereicht, so sollten wir um keinen Preis gestatten, daß man noch über die Stunden des obligatorischen Unterrichts hinaus die Jungen dem polnischen Hause entzieht, einzig zu Germanisierungszwecken.

Aber damit noch nicht genug. Auch auf andere Weise agitiert man in den Abendschulen zu Gunsten des Deutschtums unter unserer Jugend, und zwar mittelst der deutschen Presse. Fast gleichzeitig haben wir aus Posen und aus einer unserer Provinzstädte zwei Nummern der Zeitschrift „Feierabend“ erhalten, die von dem „Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen“ herausgegeben wird, einer Zeitschrift, welche die Direktoren und Lehrer den Lehrlingen geradezu aufdrängen. Schließlich muß jeder Lehrling, wenn er sich nicht Unannehmlichkeiten aussetzen will, das Blatt abonnieren, wobei er zu Germanisierungszwecken jährlich 2 Mark hinauswirft. Auch hiergegen sollten die Väter und Meister, die der Volksgemeinschaft für eine gute nationale Erziehung des Lehrlings, und Gott für dessen religiöse Erziehung verantwortlich sind, aufs energischste protestieren. Durch den Jungen gelangt ein solches deutsches Blatt in das polnische Haus und trägt dort das Germanisierungsgift hinein. Zwingen kann niemand den Lehrling dazu, daß er jenen „Feierabend“ abonniere, um so weniger, als das Blatt, wenn sich Gelegenheit bietet, das Polentum herunterreißt, indem es uns verlacht. Zum Beweise hierfür erwähnen wir die dumme Erzählung eines Haktatisten, Hermann Löns, die wir in Nr. 2 dieses unter die polnische Jugend verteilten Blattes finden, die Erzählung vom Raben Jakob. Wir lesen in dieser haktatistischen Erzählung in wörtlicher Übersetzung: „Jakob war so betrunken, wie ein Pole am Lohnstage“. Es fehlt geradezu an Worten zur Brandmarkung der Frechheit, mit welcher man solche Sachen unseren Jungen in die Hände drückt.

Sehen wir also stets zu, was in der Schule vorgeht, fragen wir unsere Schüler, unsre Kinder aus, ob man dort ihr polnisches Empfinden nicht verletzt. Suchen wir dieses Empfinden zu wecken, indem wir den Knaben bei Zeiten die polnische Geschichte in die Hände geben und ihnen von den großen Taten unsrer berühmten Vorfahren und von unsrer jetzigen Lage erzählen. Stählen wir unsre Kinder bei Zeiten, damit sie selbst Abscheu von Blättern empfinden, in denen man der polnischen Empfindungen spottet, vor Vereinen, in denen die Polen sich germanisieren müssen. Sonst werden unsere Kinder, diese unsre Zukunft sich in den Germanisierungsnezen verstricken, und es wird schwer sein, sie von dort herauszureißen. Einer der Freunde unseres Blattes sandte uns gleichzeitig einen Aufruf des berücksichtigten Wohlfahrtsbundes. Von diesem Bunde, der, wie der Aufruf versichert, keine besonderen politischen oder religiösen Zwecke verfolgt, war es seit einiger Zeit ganz still geworden. Wir waren der Ansicht, daß die dem Haktatismus und Protestantismus zugetanen Bündler, da die gesamte polnische Presse seiner Zeit sehr energisch gegen ihre hinsichtlich des

Wertes sogar von den Deutschen selbst nicht anerkannte haktatistisch-protestantische „Wohltätigkeit“ auftrat, ihre Sache für verspielt angesehen und auf ihren brandenburgischen Sand sich zurückgezogen hätten. Wir hatten uns jedoch geirrt. Die Agitatoren des Wohlfahrtsbundes agitieren nämlich noch unausgesetzt unter dem polnischen Volke, auf dessen Dummheit sie rechnen. Aber unser Volk ist schon klug geworden, und es wird ihren Versprechungen nicht auf den Leim gehen.

Nochmals also: Nehmt euch vor der Agitation des Wohlfahrtsbundes in acht! Wir haben bessere Einrichtungen, die uns ein ruhiges Alter sichern können. Nur ihnen dürfen wir angehören.

Aus Nr. 155 des Lech (Gnesen)

vom 9. Juli 1911:

### **Der Abgeordnete Graf Mielzynski, Vorsitzender des Aufsichtsrates eines deutsch-jüdischen Unternehmens in Berlin.**

Man hat uns auf eine Mitteilung in der Handelsbeilage der Berliner „Morgenpost“ aufmerksam gemacht, betreffend die Umwandlung der Berliner Geschäftslokal- und Schaufenster-Baufirma E. Heinicke in eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von 1 Million Mark. Es ist das volle Kapital eingezahlt worden. Dem Heinicke wurden für die Firma 120 000 Mk. angerechnet. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft ist der Abgeordnete Graf Mathias Mielzynski, bei dessen Namen man nicht vergessen hat, der Geschäftsreklame wegen die Buchstaben M. d. R. (Mitglied des Reichstages) hinzuzufügen. Neben ihm figurieren im Aufsichtsrate, im Vorstande und unter den Mitgliedern verschiedene Juden und Deutsche wie Hermann Korytowski, Gustav Korytowski, Hauptmann a. D. Chromek, Artur Bleichröder, E. Reichenbach, E. Reichmann und Obstdfelder. Im Aufsichtsrate sitzen die beiden Juden H. und G. Korytowski.

Einem Landsmann, der hierauf aufmerksam gemacht und gefragt hat, wie der Abgeordnete Graf Mielzynski in diese Gesellschaft gekommen ist und wie er gestatten konnte, seinen Namen und seinen Abgeordnetentitel als Reklame für ein deutsch-jüdisches Unternehmen zu gebrauchen, antwortete der „Dziennik Berliński“, daß der Graf Mielzynski mit noch einem polnischen Abgeordneten, wie die „Tägliche Rundschau“ behauptet, ein Bureau für Eisenbahnerfindungen gegründet hat, und daß dieses Bureau seine Dienste auch der Regierung angeboten hat.

Dieser Mitteilung ist bis jetzt nicht widersprochen worden.

Aus Nr. 29 des Bicz, satyrisch-humoristische  
Wochenschrift (Posen)

vom 16. Juli 1911:

### **Der Einfluß der Haktatisten auf das Gerichtswesen.**

Der rote Graf (Mielzynski), welcher zu einer verhältnismäßig sehr hohen Wanderolsteuer für die billigsten Zigaretten beitrug, hat das Verdienst, daß er in seiner Programmrede der polnischen Fraktion, die an der Regierungstür steht und auf die Aufforderung zur Mitarbeit wartet, auch die Gerichtspraxis berührte, zu der die Polen kein Vertrauen haben können. Er hätte auch nicht verschweigen sollen, daß auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung auf die Handhabung der Gerechtigkeit im Staate der Gottesfurcht immer



lauter schimpft und eine baldige Änderung der „Klassenjustiz“ in eine gerechtere Volksjustiz ankündigt. Es kann sein, daß diese Hoffnung das Volk nicht irreführt, denn die Geschichte lehrt, daß die Ungerechtigkeit immer die Ursache des Sturzes der ungerechten Regierungen und ganzer Staatensysteme war und auch in Zukunft sein wird. Ein ehrliches Gerichtswesen ist die Grundlage der Regierungen. Die Juristen wissen dies ganz genau, denn jeder Hörer des Rechts fängt mit dem Auswendiglernen des juristischen Grundsatzes: „Justitia est fundamentum regnorum“ an.

In eine moderne Sprache übersetzt lautet dieser Grundsatz folgendermaßen:

Den Juristen gehören von Rechts wegen die höchsten Ämter, denn nur sie wissen es, wie man das Recht verstehen und ausüben müsse. Der Rest der Bevölkerung ist dazu da, bedingungslos die Befehle zu erfüllen und sich nicht um das Verstehen der Sache zu kümmern, denn das ist gänzlich überflüssig.

In Gegenden mit deutscher Bevölkerung fällt man aus uralter Gewohnheit die Urteile in einen der Leuten mehr verständlichen Form und begründet diese entsprechend den Anschauungen des Volkes: „Kleine Diebe hängt man, vor Großen zieht man den Hut ab“.

Bei uns ist es in dieser Beziehung viel schlimmer, denn der Jurist muß allerdings die gerechte Gesetzgebung kennen, darf dabei aber nicht vergessen, daß Ausnahme Gesetze in erster Linie angewandt werden müssen, denn hier geht es um eine höhere Sache als die Zurechnung der Gerechtigkeit dem Einzelnen, hier geht es um das Wohl des Vaterlandes.

Daß dieses „Vaterland“ aus einzelnen besteht und solange dauert, solange die Einzelnen sich zufrieden bzw. glücklich fühlen, das zu bedenken, hat der Jurist keine Zeit. Er richtet sich nach den ihm von „Oben“ erteilten Weisungen.

Bei dem gegenwärtigen Systeme muß jeder mit der Zeit auch den Rest des Gerechtigkeitsgefühls verlieren. Es kann auch nicht anders sein. Das sind die natürlichen Folgen der Ausnahme Gesetze, bei welchen man gesetzmäßig einen bestimmten Teil der menschlichen Gesellschaft von den jedem Bürger des Landes ohne Ausnahme zustehenden Rechten ausschließt.

Auf diese Weise vergiftet die hakatistische Wirtshaft den Geist des ganzen Volkes, denn jeder Naive sieht es offen, daß die Macht mehr wert ist als das gerechte Gesetz. Kommt nun der Augenblick, in welchem das Volk zum Bewußtsein kommt, daß es als geschlossene Masse stärker ist als diejenigen, die ihm heute befehlen und die es einzig nur aus Gewohnheit oder Angst vor Repressalien hört, so wird es auch seinerseits den Wunsch in sich fühlen, Kraft anzuwenden, um Herr des eigenen Willens zu werden.

Werden die heutigen „Gesetzeshüter“ es dem Volke verübeln können, daß es ein gelehriger Schüler geworden ist?

Mögen also die Hakatisten ruhig weiter mausen, mögen sie ihre Kraft fühlen, und dann wird jeder Minister fliegen, der nicht nach dem Sinne der Hakatisten „regieren“ (?) wird.

Auf die Drohungen der Hakatisten, welche den Minister der Landwirtschaft niederfrachten wollten, eilte der Reichskanzler zur Beruhigung der entfesselten Hakate herbei und versicherte sie in lateinischer Sprache: „nunquam retrorsum“, d. h. daß er den Hakatisten weiter erlauben werde, die antipolnische Heze zu betreiben, daß den Hakatisten für die systematische Aufbeziehung einer Bevölkerungsklasse gegen die andere nichts geschehen werde, denn die betreffenden Paragraphen des Strafrechts beträfen nicht sie.

Viele von uns fingen an, zu glauben, daß Herr von Bethmann Hollweg ein kluger Staatsmann sei

und niemals die Ausnahme Gesetze anwenden werde, ähnlich wie der große Staatsmann Graf Caprivi, der behauptete, daß mit Hilfe von Ausnahme Gesetzen jeder Esel imstande wäre, zu regieren. — Eine Illusion nach der andern zerfällt! Difficile est satyram non scribere!

Einer, der nicht blind ist.

Aus Nr. 159 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 15. Juni 1911:

### Unser Rathausadler auf der Ostdeutschen Ausstellung.

Den Rathausadler hat man auf die Ostdeutsche Ausstellung gebracht. Zweifelsohne ist ihm dort schwül und fremd zumute. Die polnische Bevölkerung wird auch nicht dorthin gehen, um ihn zu besuchen; denn das hieße, der nationalen Würde doppelt zunahetret. Wenn andere unserer Empfindungen spotten, dann werden wir uns wohl kaum selbst moralisch ohrfeigen. In der Ausstellung ist weder für den Adler, noch für uns Platz.

Aus Nr. 13 der Sika (Posen)  
vom 10. Juli 1911:

### Aus der Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung.

(Schluß.)

Alsdann ging man zu einem sehr wichtigen Punkte der Tagesordnung, daß heißt zur Satzungsänderung, soweit Anträge eingegangen sind, über. In erster Reihe kommen die Anträge des Zentralvorstandes zur Beratung, welcher folgende Änderungen vor schlägt:

#### § 4c

soll folgendermaßen lauten:

„Die Vorstände der einzelnen Berufsabteilungen haben sämtliche Protokolle über die Versammlungen, Vorstandssitzungen und Konferenzen dem Bureau des Zentralvorstandes einzusenden. Außerdem haben die Hauptvorstände monatlich einen Bericht über ihre Tätigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Abteilung einzuschicken.“

Dieser Antrag hat jedoch nicht die Mehrheit der Stimmen erzielt.

#### § 6

soll in Zukunft im Sinne des Vorschlages des Zentralvorstandes wie folgt lauten:

„Der Aufsichtsrat wählt die Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung.

In den Aufsichtsrat wählt jede Abteilung ein Mitglied und dessen Stellvertreter usw.

In den Aufsichtsrat können nur solche Mitglieder gewählt werden, welche wenigstens fünf Jahre der polnischen Berufsvereinigung angehören. Die Aufsichtsratsmitglieder dürfen keine anderen Ämter in der Vereinigung bekleiden.“

Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, aber mit dem Zusatz, daß die Aufsichtsratsmitglieder das Recht haben, in sämtlichen Versammlungen, sei es in Haupt- oder Filialversammlungen, zu sprechen.

#### § 10

wurde im folgenden Wortlaut angenommen:

„Als Delegierter der Generalversammlung kann nur ein solches Mitglied fungieren, welches wenigstens



fünf Jahre der polnischen Berufsvereinigung angehört. Eine Ausnahme bilden nur solche Orte, welche sich erst neu organisiert haben."

# § 17a

wurde ebenfalls angenommen, er lautet:

"Der Zentralvorstand hat wenigstens alle drei Monate eine gemeinschaftliche Sitzung mit den Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen abzuhalten. Ebenso sind zur Sitzung des Zentralvorstandes die Vorsitzenden oder mehrere Mitglieder des Vorstandes der Abteilungen zu berufen, wenn eine Arbeiterbewegung in größerem Umfange bevorsteht."

Dagegen wurde der vorgeschlagene § 4 nicht angenommen. "Die Arbeit und Pflichten der einzelnen Mitglieder des Abteilungsvorstandes bestimmt ein besonderes Reglement, soweit die Satzungen diese Arbeit und diese Pflichten nicht bestimmen."

Alsdann folgen die Anträge des Aufsichtsrates.

1. "Der Vorsitzende des Aufsichtsrates soll in Zukunft besoldet werden und nur von den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates und von der Generalversammlung abhängig sein.

2. Kein Aufsichtsratsmitglied darf in Zukunft in der Vereinigung ein anderes Amt bekleiden.

3. Jedes Mitglied der Abteilung muß seinen Stellvertreter haben.

4. Die Beamten der Vereinigung müssen bei einer Privatkasse oder bei der durch die Vereinigung eingerichteten Kasse versichert sein."

5. Willigen und der Vereinigung Wohlwollenden sollen unentgeltlich Kurse erteilt werden.

6. Der § 9 der Satzungen soll geändert werden: Jede Berufsabteilung ist berechtigt, zur Generalversammlung auf 1000 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden und nicht wie bisher auf 500 Mitglieder.

Die Versammlung ist mit allen obigen Punkten einstimmig oder mit Stimmenmehrheit einverstanden.

Im weiteren Verlauf folgen die Anträge der Bergarbeiter-Abteilung, welche durch den Kassierer dieser Abteilung, den Kameraden Janowski, begründet wurden.

1. Der Zentralvorstand soll seinen Sitz in Oberschlesien haben mit dem Vorbehalt, daß jede Abteilung ihren Aufsichtsrat haben wird. Der Aufsichtsrat einer jeden Abteilung wählt einen Ausschuß, welcher mit dem Abteilungsvorstand die Abteilung leitet.

Über diesen Antrag entspann sich eine äußerst lebhafteste Diskussion. Kamerad Janowski verwahrt sich in seiner Begründung gegen den etwaigen Vorwurf, daß die Bergarbeiterabteilung durch die Einbringung dieses Antrages irgend welche Nebenabsichten hätte. Die Antragsteller ließen sich einzig und allein von dem Wohle der Organisation leiten.

Der Delegierte Piec aus Domb in Oberschlesien, sowie der Vorsitzende der Hüttenarbeiterabteilung, Kamerad Przybylla aus Königshütte erklären sich für den Antrag, indem sie die Notwendigkeit der Verlegung des Zentralvorstandes nach Oberschlesien nachzuweisen suchten, weil Oberschlesien zweifellos die Zukunft der Vereinigung ist. Der Vorsitzende Przybylla wünscht jedoch nicht die Einführung besonderer Aufsichtsräte für die einzelnen Abteilungen. Solche Verschiedenheiten würden nur zur Spaltung der Organisation beitragen, uns aber muß es darauf ankommen, daß die Vereinigung eine mächtige starke in sich geschlossene Masse bildet. Wenn wir in der Hüttenabteilung auch für die Verlegung des Hauptvorstandes nach Oberschlesien sind, so wollen wir doch lieber, wenn man für die einzelnen Abteilungen Aufsichtsräte schaffen sollte, unseren Wünschen zum Wohle der ganzen Organisation entsagen.

Der Vorsitzende der Bergarbeiter-Abteilung, Kamerad Mantowski aus Bochum, spricht in seinen längeren Ausführungen für den Antrag der Bergarbeiter.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Frage, unterbrach der Vorsitzende um 12<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr die Versammlung, damit die einzelnen Abteilungen bis zur Mittagspause unter sich über den obigen, für den ganzen Organismus der Vereinigung immerhin sehr wichtigen Antrag, beraten können.

Nach Eröffnung der Nachmittagsitzung ergreift der Vorsitzende der Bergarbeiterabteilung Kamerad Mantowski das Wort und erklärt, daß die Bergarbeiter beschlossen haben, ihre Anträge und besonders den, betreffend die Einrichtung von Aufsichtsräten für die einzelnen Abteilungen, zurückzuziehen. Statt dessen schlagen sie zwei Zusätze zum § 4 und 5a der Satzungen vor.

Der erste Zusatz soll lauten: Der Zentralvorstand darf die Fonds der Zentralkasse zur Bezahlung der Verwaltung oder Ausgaben irgend einer Abteilung nicht verwenden, mit Ausnahme der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Die Beschließung eines Streiks unterliegt den im § 17a enthaltenen Vorschriften.

Der zweite Zusatz lautet: Die Berufsabteilungen sind berechtigt, die zur Verwaltung und zum Rechtsschutz notwendigen Kräfte zu verlangen und zu diesem Zweck Kandidaten vorzuschlagen. Der Zentralvorstand darf den Kandidaten, mit welchen die Abteilung einverstanden ist, bestätigen.

Die Abteilung der Handwerker stellte unter anderem einen Antrag, wonach das Berufsorgan "Sila" wöchentlich einmal, statt wie bisher alle 14 Tage, erscheinen soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Abteilung der Hüttenarbeiter bringt zum § 14a der Satzungen folgenden Antrag ein: Den Aufsichtsrat wählt die Generalversammlung mittelst Zettel, oder durch geheime Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt und es verbleibt bei der bisherigen Form.

Der zweite Antrag zum § 15 lautet: Der Sitz des Zentralvorstandes soll Oberschlesien und zwar die Stadt Beuthen sein. Mit diesem Antrage wurde der gleichlautende Antrag der Abteilung der Bergarbeiter verbunden.

Über diesen Antrag, welcher für die Entwicklung der Vereinigung von großer Bedeutung ist, entspann sich eine sehr lebhafteste Diskussion. Die Gegner des Antrages begründen ihren ablehnenden Standpunkt mit dem Mangel einer hinreichenden Fürsorge in der Fremde seitens der polnischen Intelligenz, an welcher es in der Heimat sowie auch in Schlesien nicht mangelt.

Die Anhänger des Antrages empfahlen Oberschlesien mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse, in welchen sich dort die Vereinigung gegenüber dem übermächtigen Kampfe der Sozialdemokraten und den christlichen Zentrumsverbänden befindet.

Einer der Delegierten Oberschlesiens empfiehlt als Sitz Zabrze, ein anderer Delegierter aus der Fremde empfiehlt sogar Berlin als Zentrum für die ganze Vereinigung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag betreffend die Verlegung des Zentralvorstandes nach Oberschlesien mit großer Mehrheit angenommen. Bezüglich des Sitzes wurde kein Beschluß gefaßt.

Im weiteren Verlauf kam der Antrag zur Beratung, wonach die Generalversammlungen alle drei Jahre und nicht wie bisher alle zwei Jahre abgehalten werden sollen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und es verbleibt beim alten. Gleichzeitig hat man sich mit dem Antrage des Aufsichtsrates, wonach der Vorsitzende des Aufsichtsrates in Zukunft besoldet werden soll,



nicht einverstanden erklärt. Im Zusammenhang mit diesem Antrage kam auch der Antrag der Bergarbeiterabteilung zur Abstimmung. Der Antrag lautet: Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates kann nur der vollzählige Aufsichtsrat für seine Arbeit und für die, für die Vereinigung angewandte Mühe eine gewisse Entschädigung beschließen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Aufsichtsrat schlägt vor: Die Beamten der Vereinigung müssen in einer Privat- oder in der durch die Vereinigung eingerichteten Kasse versichert sein. Dieser Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Der zweite Antrag des Aufsichtsrates lautet: Für die arbeitswilligen Mitglieder der Vereinigung sollen Kurse zwecks ihrer Vervollkommnung zu guten Rednern und zu Agitationszwecken abgehalten werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Ein anderer Antrag des Aufsichtsrates lautet: Resolutionen, die in den Konferenzen oder in den Filialen beschlossen werden, müssen zunächst an den Vorstand der Abteilung und dürfen nicht direkt an die Zeitungen gesandt werden. Auch dieser Antrag wird angenommen.

Die Bergarbeiterabteilung fordert die Einführung des allgemeinen Systems der Krankenkasse, besonders für die Bauarbeiter. Dieser Antrag wird von dem Vorsitzenden der Handwerker- und Arbeiterabteilung, Kameraden und Reichstagsabgeordneten Nowicki, begründet. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag dem Zentralvorstand zur näheren Prüfung überwiesen.

Eine sehr lebhafte und zeitweise sehr stürmische Diskussion rief der Antrag der Handwerkerabteilung betreffend die Anstellung oder vielmehr die Bestätigung eines vierten Bureaubeamten der Handwerkerabteilung hervor. Der Vorsitzende dieser Abteilung, Abgeordneter Nowicki, begründet den Antrag damit, daß die Bedingungen der Erhaltung einer besseren Existenz für die Mitglieder bei uns in der Heimat viel schwieriger seien, als in der Fremde und bei den Berg- und Hüttenarbeitern. Gegen diesen Antrag sprachen hauptsächlich die Bergarbeiter. Die Abstimmung ergab jedoch, daß unter den Delegierten die Mehrheit vorhanden war, die den Antrag unterstützten. Der betreffende Beamte soll nicht aus der Kasse der Vereinigung, sondern von den besonderen zu diesem Zwecke wöchentlich erhobenen Beiträgen der Mitglieder der Bauarbeiterabteilung besoldet werden.

Eine nicht minder umfangreiche und stürmische Diskussion entspann sich auch über den Antrag der Handwerkerabteilung, daß die Streikunterstützungen schon vom dritten Tage ab und nicht wie bisher erst vom achten Tage gezahlt werden sollen. Dieser Antrag wurde trotz der überzeugenden Ausführungen mehrerer Redner mit 68 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten hauptsächlich die Bergarbeiter, welche den Streiks nicht so viel ausgesetzt sind, wie die Handwerker, und deshalb zeigten sie weniger Verständnis.

Ein anderer Antrag der Handwerkerabteilung lautete: Den jungen Mädchen, welche dem Verbands angehören, wird bei ihrer Verheiratung die Hälfte der von ihnen durch fünf Jahre entrichteten Beiträge, soweit sie andere Unterstützungen nicht erhalten haben, zurückgezahlt. Der Vorstand der Handwerkerabteilung hofft, daß durch diese Erleichterung die in Industrieunternehmungen beschäftigten jungen Mädchen zum zahlreicheren Beitritt in die Organisation als bisher, werden angeregt werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der letzte Antrag der Handwerkerabteilung fordert die Herausgabe von sogenannten Ehrenmarken, welche zur Verschönerung der Quittungsbücher dienen sollen. Solche Marken sind schon in anderen Verbänden ein-

geführt und wirken auf die Mitglieder anregend ein. Diese Marken muß jedes Mitglied besonders bezahlen. Mit diesem Vorschlage erklären sich die Versammelten einverstanden.

Darauf wurden weitere Anträge der Hüttenarbeiterabteilung besprochen. Einer dieser Anträge fordert die Versicherung gegen Unfall und Tod. Der Antrag wird angenommen.

Ein anderer Antrag lautet: Das Verbandslokal in Königshütte in Oberschlesien soll durch den Zentralvorstand bezahlt werden. Dieser Antrag wurde zwar nicht in dieser Form angenommen, man einigte sich jedoch dahin, daß das erwähnte Lokal zur Hälfte von den Abteilungen der Berg- und Hüttenarbeiter bezahlt werden soll.

Zum Schluß wurden noch mehrere Anträge persönlicher Natur erörtert und zwar in Sachen der Gehaltserhöhung einiger Beamten der Vereinigung.

Darauf wurden um 8 Uhr die Beratungen abgebrochen und auf den nächsten Vormittag verschoben.

Der vierte Versammlungstag fiel auf einen Sonntag. Aus diesem Grunde fand auf Anregung der Gurtzschiner Filiale, um 7 Uhr früh auf die Intention der Versammlung in der St. Lazaruskirche eine hl. Messe statt, welcher der größte Teil der Delegierten beivohnte.

Um 9 Uhr vormittags begann die Sitzung mit den Beratungen über den Antrag der Delegierten des Bauberufes betreffend Schaffung einer besonderen Abteilung für die Maurer und Zimmerleute bei der Handwerkerabteilung in Posen. Diesen Antrag begründeten die Vorstandsmitglieder der Handwerkerabteilung Kameraden Golleher und Szczodrowski sowie der Delegierte Kamerad Kubiak aus Schroda. Der Vorsitzende dieser Abteilung, Kamerad Nowicki, erklärt, daß es sich nicht um die sofortige Schaffung der vorgeschlagenen Abteilung handelt, sondern darum, daß die Generalversammlung zu der ins Leben zu rufenden Abteilung ihre Bestätigung gibt, sobald dazu der passende Augenblick eintritt. Dieser Antrag fand keine genügende Unterstützung.

Darauf wurde über den Antrag der Bezirksabteilung für den Bezirk Hannover beraten. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß in den Abteilungen eine besondere Sterbekasse bestehe, zu der jedes Mitglied 10 Pfg. monatlich beitragen soll. Von dem, was gegenwärtig als Sterbegeld gegeben wird soll die Streikunterstützung erhöht und für ein Kind 1 Mark statt 50 Pfennig gezahlt werden. Ebenso müßten die Streikgelder in allen Klassen für die älteren Mitglieder um 1 Mark wöchentlich erhöht werden. Auf diese Art und Weise könnte man die hiesige hannoversche Gegend besser organisieren. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Entwurf der Satzungen einer Pensionskasse wurde zur näheren Prüfung dem Aufsichtsrat und dem Zentralvorstand unter Mitwirkung der Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen überwiesen.

Derselbe Beschluß wurde auch hinsichtlich des projektierten Reglements betreffend Aufnahme von Ehrenmitgliedern gefaßt.

Nach Erledigung der Anträge ging man zur Beratung der inneren Taktik der Vereinigung über. Über diesen Punkt wurde unter Ausschluß der Presse vertraulich diskutiert. Die Diskussion dauerte von 11 bis 2 Uhr nachmittags.

Die Nachmittagsitzung fand im katholischen Vereinshaufe statt.

Mit Beginn der Nachmittagsitzung ging man zur Wahl des Zentralvorstandes über. Zunächst wählte man den Vorsitzenden. Als Kandidaten stellte man aus der Mitte der Versammlung den bisherigen Vorsitzenden Kameraden, Adalbert Sosinski, den Vorsitzenden



des Aufsichtsrates, Kameraden Adalbert Grzeszkowiak, und den bisherigen Schriftführer des Zentralvorstandes, Kameraden Rymer, auf. Die Wahl fand mittelfst Stimmzetteln statt. Es wurden zusammen 147 Stimmen abgegeben. Von diesen erhielten Sosinski 91, Grzeszkowiak 43 und Rymer 6 Stimmen, außerdem wurden für den vierten Kandidaten, Kameraden Grzeska 6 Stimmen abgegeben. Eine Stimme war ungültig. Kamerad Sosinski wurde somit erneut zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl wurde mit Beifall aufgenommen. Kamerad Sosinski nimmt die Wahl an und verspricht, wie bisher, so auch fernerhin mit ganzer Hingebung zum Wohle und zur Entwicklung der Vereinigung zu arbeiten.

Es folgt die Wahl des Schriftführers des Zentralvorstandes an Stelle des Kameraden Rymer, welcher gegenwärtig das Amt eines Vertreters der Vereinigung beim Reichsversicherungsamt in Berlin und gleichzeitig das Schriftführeramt für den Bezirk Brandenburg bekleidet. Als Kandidaten an Stelle Rymers stellt die Versammlung auf den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kameraden Grzeszkowiak, den Schriftführer der Handwerkerabteilung, Follmer, und die Kameraden Korpus und Kędziora. Gewählt wurde Kamerad Adalbert Grzeszkowiak, welcher von 149 abgegebenen Stimmen 75 Stimmen erhielt.

Die Wahl des Kassierers fand auf Wunsch aller Delegierten durch Zuzuf statt. Es wurde erneut Kamerad Adalbert Wiczorek gewählt.

Auf die Vorschlagung der Vorstandswahl folgte die Wahl des Aufsichtsrates, welchem bisher 30 Mitglieder, das heißt ein Mitglied auf 2000 organisierte Mitglieder, angehörten. Von dieser Zahl sind nur noch 19 Mitglieder verblieben, die übrigen sind aus dem Aufsichtsrat infolge Verzuges oder wegen anderer Umstände ausgetreten. Sitzungsgemäß tritt bei jedesmaligen Neuwahlen die Hälfte durch Auslosung zurück. Es wurde daher beschlossen, daß 9 Mitglieder zurücktreten. Da von den verbliebenen 19 Mitgliedern 5 erklärten, dem Aufsichtsrat fernerhin nicht mehr angehören zu wollen, so wurde nur die Hälfte von 14, das heißt 7, ausgelost. Als neue wurden 27 Mitglieder gewählt, sodaß der Aufsichtsrat, da sich die Gesamtzahl der Mitglieder erhöht hat, von jetzt ab aus 34 Mitgliedern bestehen wird, und zwar aus 27 Mitgliedern der Bergarbeiterabteilung, aus 7 Mitgliedern der Hüttenarbeiterabteilung, aus 6 Mitgliedern der Handwerkerabteilung und aus 34 Stellvertretern.

In den Aufsichtsrat treten folgende Kameraden ein: M. Pospiech aus Rothhausen, L. Lesniewski aus Datteln, Schlaenderbach aus Delmenhorst, K. Piecha aus Zabrze, W. Manka aus Kochlowic, W. Chwialkowski aus Düsseldorf und Wojciechowski aus Kosen, früher aus Bruckhausen.

Neu gewählt:

Manka aus Gotschalkowiz, Kujawa aus Posen, Rogalka aus Hohenalza, Wysocki aus Thorn, Nader aus Berlin, Rutkowski aus Ostrowo, Mlynarczyk aus Dortmund, Stolpe aus Bochum, Kędziora aus Mengede, Tomaszewski aus Wanne, Kowala aus Kesse, Czub aus Scherlebeck, Pawlowski aus Freisenbruch, Strzelec aus Bottrop, Gibowski aus Dellwig, Grajet aus Mühlheim, Marciniak aus Wischerhöfen, Biedka aus Hamborn, Chrapczak aus Zschipkau, Wiczorek aus Boginiz, Lebioda aus Bytomiz, Ogiermann aus Radzionka, Rolanko aus Lipin, Kot aus Rozbark, Goralowski aus Dortmund, Sosnowski aus Essen, Rozek aus Lipin und Kinowski aus Bismarckhütte.

In den Ausschuf wählte der Aufsichtsrat folgende Kameraden:

Franz Stolpe als Vorsitzenden, Stephan Strzelec als stellvertretenden Vorsitzenden, Leo Lesniewski als

Schriftführer, Michael Pospiech als stellvertretenden Schriftführer, Anton Kędziora, Valentin Chwialkowski und Joseph Tomaszewski als Beisitzer.

Die Revisionskommission wählte man aus Oberschlesien, weil der Zentralvorstand nach Oberschlesien verlegt wird. Die Revisionskommission bilden: W. Lebioda, K. Piecha und Rolanko.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde der Beschluß gefaßt, daß der Zentralvorstand, welcher nach dem Beschluß der Sonnabenditzung nach Oberschlesien verlegt worden ist, seinen Sitz in Kattowitz haben soll.

Zum Schluß stellte der bisherige Schriftführer des Zentralvorstandes, Kamerad Rymer, den Antrag, für den Brandenburger Bezirk einen besonderen Schriftführer anzustellen, da er als Vertreter der Vereinigung beim Reichsversicherungsamt und gleichzeitig als Bezirks-Schriftführer die Arbeit allein nicht bewältigen kann. Die Versammlung pflichtet den Wünschen des Antragstellers bei und beschließt, das Vertreteramt beim Reichsversicherungsamt und das Schriftführeramt zu trennen.

Es wurde dann beschlossen, die nächste Versammlung in die Fremde nach Westfalen oder Berlin einzuberufen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende erklärte die Versammlung für geschlossen.

Zum Schluß wurden mehrere Abschiedsreden gehalten. Als erster sprach das Vorstandsmitglied der Industriebank in Posen Herr Dr. Bajonski. Auf die Ansprache des Herrn Dr. Bajonski ergriff zu einer Erwidernrede der Vorsitzende der Bergarbeiterabteilung Kamerad Mankowski das Wort.

Ferner sprach noch Herr Kwiattowski aus Herne Herausgeber und Redakteur des „Narodowiec“ und Abgeordneter Brejski, welcher den ganzen letzten Tag an den Beratungen teilgenommen hat.

Abgeordneter Kamerad Kowicki widmete im Namen der Posener Arbeiterschaft den Delegierten Abschiedsworte.

Schließlich sprach noch der Vorsitzende Kamerad Sosinski, welcher zur ausdauernden Arbeit an dem Wohle der Organisation anregte und den Wunsch aussprach, daß die polnische Berufsvereinigung in der zukünftigen Generalversammlung nicht nur 700 000 Mk. sondern über eine Million Mk. aufweisen könnte. Sodann dankte er im Namen des Vorstandes den Delegierten, Gästen und den Pressevertreter für ihre Teilnahme an den Beratungen.

Zum Schluß wurde gemeinsam das Lied des polnischen Volkes „Biały Szandar“ (Das weiße Banner) gesungen.

Nach viertägigen lebhaften und erschöpfenden Beratungen erreichte die Versammlung um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr abends ihr Ende.

Aus Nr. 28 der Gwiazda (Posen)  
vom 15. Juli 1911:

### Zwei Schulboykotts.

Lebhaft stehen uns noch vor Augen jene Tage voll Enthusiasmus, voll edler Begeisterung und Hingabe, in welchen unsere Kinder um den polnischen Religionsunterricht in der Schule kämpften, in welchen unsere Priester, die des Wortes Gottes und des Wortes der Nation, unsere Geistlichen und Redakteure, wegen ihrer Verteidigung der Muttersprache in die Gefängnisse gingen.

Breschen, Bydowo, Labischin und noch wie viele andere Namen von polnischen Städtchen und Dörfern sind mit diesen Erinnerungen eng verknüpft! Wie



viele Tränen sind in diesen Tagen des Kampfes unserer Kinder mit dem germanisierenden System vergossen worden! Wie viele Seelen, wie viele Herzen sind in diesem Kampfe für ihr ganzes Leben hart geworden, nicht nur für die Dauer ihres Lebens, sondern auch für die Dauer des Lebens ihrer Kinder und Enkel!

Der Schulstreik bei uns, denn von diesem ist die Rede, erlosch, weil er erlöschen mußte. Nicht deshalb, weil es uns an Geistesstärke fehlte, sondern deshalb, weil wir es verstanden, diese Geistesstärke der Stimme der Vernunft unterzuordnen. Die ständigen Strafen, die sich, im Falle wir uns dem Willen der Regierung nicht anpaßten, in den letzten Zeiten des Schulstreiks fast von Tag zu Tag steigerten, würden schließlich unsere Existenz untergraben, unser Volk so erschöpft haben, daß ein weiterer Kampf unmöglich geworden wäre. Der Verstand befahl zu weichen, aber der Geist rief und ruft noch: Das, was uns das preußische System in der Schule entrispen hat, werden wir mit um so größerer Liebe im polnischen Hause pflegen, dem die Polizisten, ja sogar die Minister fernbleiben müssen!

Unser Schulstreik ist ganz von allein erloschen, ebenso wie er ganz von selbst ausgebrochen war, als ein elementarer Ausbruch der Nation, welche Mittel der Verteidigung für ihre allertuersten Schätze suchte. Ebenso hörte das Volk, vom Instinkt geleitet, von selbst mit dem Widerstand auf. Der Widerstand hörte auf, denn das Volk begriff, daß wir nicht auf diesem Wege, sondern auf einem andern Mittel der Verteidigung gegen die germanisatorischen Versuchungen der preußischen Schule suchen müssen.

Hierbei muß kräftig betont werden, daß das Aufgeben des Widerstandes nicht etwa bedeutete, daß wir an unserer Kraft gegenüber der Macht des Feindes gezweifelt haben — wir dürfen unsere moralischen Kräfte mit seiner physischen Macht nicht einmal zusammenstellen —, sondern einzig das, daß wir von einem Mittel zum andern übergegangen sind. Das Aufhören mit dem Streik bedeutete keinen Rückzug, sondern nur das Ergreifen eines neuen Mittels.

So war es bei uns.

Auch jenseits der Grenzpfähle, die uns von Millionen unserer Brüder unter russischer Herrschaft trennen, hat ein ähnlicher Streik, ein Schulstreik geherrscht. Bei uns währte er kaum einige Monate, dort zog er sich jahrelang hin, und er würde noch fortbauern, wenn wiederum nicht die Überlegung, nicht der politische Verstand wären.

Bekannt ist sicherlich allen der Beschluß der nationaldemokratischen Partei, der in der Schulfrage in den letzten Tagen angenommen worden ist, der Beschluß der offiziell dem Boykott der russischen Schule ein Ende macht. Dieser Schritt der Nationaldemokratie im Königreich fand in ganz Polen lauten Widerhall. Die erhitzten Herzen, die feurigen Gemüter, die sich ausschließlich und stets von dem erhabenen Gefühl der innigen Liebe für unsere Ideale leiten lassen, die auf den höchsten Höhen der Ideale schweben, diese Leute warfen den ersten Stein auf die Nationaldemokratie, nannten ihren Schritt „Nachgiebigkeit“, einen Rückzug, ein Abwenden von jenen Bestrebungen, die sich die Nationaldemokratie einst als Ziel gesteckt hatte.

Vor allen Dingen fühlte sich die Jugend durch den vorerwähnten Beschluß getroffen. Soll man es ihr übel nehmen, soll man es verdammen, daß sie in allerhöchster Form gegen diesen Beschluß aufgetreten ist?

Durchaus nicht! Man darf diesen Schritt unserer Jugend nicht nur nicht übelnehmen, sondern man muß sogar Freude darüber empfinden, daß unsere Zukunft der Nation das Unrecht empfindet, das uns die russische

Schule zufügt. Aus diesem Abwehrschrei der Verdammung für die Nationaldemokratie klingt vor allem die Liebe für unsere Ideale. Deshalb müssen wir auch unserer Jugend die scharfen Ausdrücke verzeihen, die sich gegen die Partei richten, die den Mut hatte, so zu handeln, wie es der politische Verstand gebot.

Wir wiederholen, daß man sich über diesen allzu üppig in die Höhe schießenden Idealismus unserer Jugend freuen muß. Die Jugend kann niemals genug von diesem besitzen. Sobald sie in das praktische Leben tritt, muß sich das Maß ihrer Gefühle, wie dies in der Natur der Sache liegt, erniedrigen; umso besser also, wenn es in der Jugend in die Höhe steigt.

Kehren wir aber zu dem bekannten Beschluß in Sachen der Schulfrage zurück, vor allen Dingen aber zu den Momenten, die diesen Beschluß hervorgerufen haben.

Der Boykott der russischen Schule im Königreich ist einzig entstanden, um die Existenz der polnischen Schule zu erkämpfen. Dieser Zweck ist erreicht worden. Unsere Volksgeamtheit im Königreich hat eine eigene Schule und zwar eine sehr gute Schule, die in wissenschaftlicher Hinsicht mehr bietet als die russische Schule. Wenn auch die Volksgeamtheit, namentlich ein gewisser Teil derselben, im Anfang diese Schule sehr skeptisch betrachtete und sie nur unter dem Einfluß des Boykotts unterstützte, so ist heute nicht mehr die geringste Befürchtung vorhanden, daß unsere Volksgeamtheit sich von ihrer Schule abwenden sollte. Aber die polnische Schule hat einen Fehler, sie ist nämlich teurer als die russische Staatschule. Das ist in der Tat die einzige nachteilige Seite unserer Schule, die sich aus der allgemeinen Lage ergibt, die Tatsache, daß unsere Schule keine Patente verleiht, welche zum Besuch der Universität berechtigen, hat man bereits aufgehört, als einen Nachteil zu betrachten, weil es nach beendetem Besuch der polnischen Schule nicht schwer ist, vor der russischen staatlichen Kommission das vorgeschriebene Examen zu machen.

Welche Folgen bringt die einzige nachteilige Seite unserer Schule mit sich? Die, daß die allerärmste Bevölkerung, trotz des besten Willens, ihre Kinder nicht in die polnische Schule schicken kann. Der arme Mensch, der darnach strebt, daß sein Sohn nicht von den Quellen der Wissenschaft abgeschnitten wird, schickt ihn blutenden Herzens in die billige russische Schule. Noch empfindlicher macht sich die Armut bemerkbar, wenn es sich darum handelt, ihn in höhere Schulen, auf die Universität zu schicken. Wie viele Leute gibt es denn in Warschau, die ihren Sohn zum Besuch der Universität nach Krakau, Lemberg oder sogar nach Frankreich, Belgien oder Deutschland schicken können? Fällt es der armen Mutter, die sich durch ihrer Hände Arbeit ernährt, nicht leichter, ihren Sohn am Orte, in Warschau, zu unterhalten, wenn er dort die Universität besucht, die in wissenschaftlicher Hinsicht allerdings elend ist, aber immerhin Patente verleiht, die zum Verdienen, zur Arbeit in der Volksgeamtheit berechtigen?!

Man hat aber die Jugend, die aus solchen Gründen die Universität in Warschau und die russischen Schulen besuchte, boykottiert. Man hat diese Jugend vom nationalen Leben fortgestoßen, man hat sie mit Schmutz beworfen, und — den Vorteil hiervon haben die Sozialisten und in manchem Falle auch die Russen gehabt.

Die Nationaldemokratie hat erklärt, daß ein derartiger Zustand für die Dauer unmöglich ist. Gegenwärtig, wo der Bestand der polnischen Schule gesichert ist, darf man die Jugend, die aus Zwang und nicht aus Vergnügen die russischen Schulen besucht, nicht von sich stoßen, man darf sich nicht der Gefahr aussetzen, daß sie für die Nation verloren geht, sondern man



muß sich im Gegenteil mit ihr beschäftigen, sich ihrer annehmen. Einzig dahin zielt der Beschluß der Nationaldemokratie, der außerdem noch die Notwendigkeit betont, die polnische Schule zu unterstützen.

Beide Boykotte, sowohl der im Anfang erwähnte, als auch der der russischen Schule im Königreich, haben ihre Aufgabe erfüllt. Beide haben die Volksgesamtheit denken, für ihre Bedürfnisse sorgen gelehrt bei uns, im polnischen Hause, jenseits der Grenzpfähle in der polnischen Schule und, wenn möglich, auch in der russischen Schule.

Aus Nr. 28 der Oswiata (Kosten)

vom 9. Juli 1911

(unentgeltliche Beilage zu Nr. 152 der Gazeta Polska (Kosten) vom 8. Juli 1911):

### An das Lied!

Süßes Lied! Himmelsgabe!

Du gehst mit der Liebe zusammen! Wenn es uns irgendwie schlecht geht, du weckst in uns die Hoffnung und stärkst den Glauben an Gott im Himmel!

Lied! Kleinod! Ach, ohne dich, wenn das Schicksal schwer bedrückt, verlohnte es nicht, auf der Welt zu leben!

Du bist unser Leben, du unser Trost!

Im Schloß und in der Hütte — ob reich oder arm — man liebt deinen seligen Klang!

Wenn im Unglück, in der Mißachtung das betrübte Herz bricht, wenn die Seele im Schmerz schluchzt — das Lied beruhigt, das Lied liebt, das Lied liebkost, das Lied ermuntert.

Daher sind alle zur Tat bereit, die das göttliche Lied lieben. Was haben wir außer ihm heute noch?

Möge also das Lied unser Leben sein!

Tragen wir das vaterländische Lied heute in alle Welt — seiner Vergangenheit so herrlichen Afford — damit alle daraus ersehen, daß wir noch nicht verloren sind! . . . . .

M. Roskowiez.

Aus Nr. 27 der Praca (Posen)

vom 30. Juni 1911:

### Liedchen eines Krakauer Mädchens.

An die Kinder Großpolens.

Wie bin ich glücklich,  
Ich Krakauer Mädchen,  
Der Brust entringt sich  
Ein freies Liedchen.

Will ich Gott loben,  
So lobe ich ihn polnisch,  
Habe ich Herzensangst,  
So beklage ich mich polnisch.

Frei wie der Vogel  
Liebe ich die Schulbank;  
Bivat unser Leben,  
Hier ist uns alles erlaubt:

Es fließen die süßen Klänge,  
Und die polnischen Gebete  
Und die polnischen Liedchen,  
So herzlich gesungen.

Doch dort, an der Warthe,  
Dringt bis hierher der Seufzer,  
Dort ist ohne Scherz  
Das Loß der polnischen Kinder traurig.

Sie weinen auf ihr Geschick,  
Denn ihnen ist es nicht lustig,  
In der Schule und überall  
Hören sie die deutsche Sprache.

Die heilige polnische Sprache,  
Die wunderbare und einzige,  
Ist überall verstoßen,  
Was mag wohl die Ursache hierzu sein?

Hei, Brüder und Schwestern,  
Hebt die Augen nach oben,  
Möge dieser scharfe Schmerz  
Eure Herzen nicht zerfressen!

Kommt von Ferne her in  
Die Residenz des Krakas,  
Hier wartet euer die Ehre  
Und der Ruhm der Nation!

Wir fassen euch an die Hände  
Und werden euch fröhlich beim  
Süßen Liedchen überall  
Herumführen.

Hier gibt es viele Andenken,  
Auf Schritt und Tritt Andenken,  
Das Grab des Kosciuszko  
Und die Überreste unserer Könige.

Hei — Brüder und Schwestern,  
Auf, nach Krakau,  
Hier wird der scharfe Schmerz,  
Der im Herzen sitzt, verschwinden.

Auf des Wawels Mauern  
Scheint hell die Sonne,  
Hei, die Herzen hoch,  
Kommt zu uns, ihr Kinder! P. W.

Aus Nr. 151 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 7. Juli 1911:

### Rücksichtslosigkeit der Militärbehörden.

Wir verstehen es gut, daß die Militärbehörde im dienstlichen Interesse vor allen Dingen für Ordnung und Zucht in ihren Reihen sorgen muß. Wir sind jedoch der Meinung, daß man ohne Abbruch für das dienstliche Interesse auch gewisse Zugeständnisse machen kann, indem man gegen seine militärischen Untergebenen rücksichtsvoll ist, zumal, wenn es um ausgediente Reservisten geht. Indes zeugt nachstehender Fall keineswegs davon.

Ein junger hiesiger Kaufmann, Herr Cz., dessen Frau bettlägerigkrank ist, und der keine hinreichende Vertretung im Geschäft hat, ist zu einer mehrwöchigen Übung einberufen worden. Auf die oben angeführten Gründe sich berufend, bat Herr Cz. um Befreiung von der diesjährigen Übung. Das Bezirkskommando in Kosten hat indes die Reklamation verworfen. So also mußte Herr Cz. seine kranke Frau und sein Geschäft verlassen, um seine Pflicht gegenüber dem Staate zu erfüllen.

Wir wollen hier die Frage nicht untersuchen, ob der preussische Staat bei den diesjährigen Übungen diesen einen Soldaten nicht entbehren konnte — es steht doch kein Krieg in Aussicht, wie man amtlicherseits und von allen Seiten feierlich versichert. Wir stellen nur die Tatsache fest, daß die Rücksichtslosigkeit, die man in diesem Falle gezeigt hat, wohl nicht dazu angetan ist, bei der Allgemeinheit die Liebe zum Heere zu vergrößern — und dieses wünscht ja die preussische Regierung doch so sehr.



Aus Nr. 151 der Gazeta Polska (Kösten)  
vom 7. Juli 1911:

### Polnischer oder katholischer Verein?

In Baudsburg veranstalteten am Sonntag der polnische Volksverein, der Gesangs- und Jünglingsverein ein Vergnügen. Dieses Vergnügen machten diese Vereine in der Baudsbürger Zeitung folgendermaßen bekannt: „Die katholischen Vereine zu Baudsburg feiern am 2. Juli ihr Sommerfest in der Kgl. Forst usw.“

In gewissen Kreisen muß das nationale Bewußtsein auf einem sehr niedrigen Niveau stehen, wenn es noch vorkommen kann, daß polnische Vereine gegenüber den Deutschen den gemeinsamen Namen „Katholische Vereine“ annehmen und unter diesem Namen die Deutschen zu ihrem Feste einladen. Wir hoffen, daß die interessierten Vorstände einsehen werden, was für einen großen Fehler sie begangen haben.

Aus Nr. 157 des Lech (Gnesen)  
vom 22. Juli 1911:

### Der „Viktoria-Garten“ in fremden Händen?

Die polnische Baugenossenschaft in Gnesen hat ihre in der Vorstadt belegene, unter dem Namen „Viktoria-Garten“ bekannte, etwa 40 Morgen große Besitzung mit sämtlichen Gebäuden an irgend einen Herrn Trojanowski für 61 500 M. verkauft.

Über den Trojanowski berichtet man uns, daß er Deutscher ist und kein nennenswertes eigenes Vermögen besitzt.

Augenblicklich enthalten wir uns eines Urteils in dieser Angelegenheit, wir wenden uns nur an den Vorstand der Genossenschaft mit der innigen Bitte, die Sache aufzuklären.

Aus Nr. 158 des Lech (Gnesen)  
vom 13. Juli 1911:

### Der Viktoria-Garten ist verloren!

Unsere wegen des der polnischen Baugenossenschaft gehörigen Viktoria-Gartens, über dessen Verkauf an einen gewissen Trojanowski wir gestern berichtet hatten, gehegten Befürchtungen haben sich allzu schnell verwirklicht. Man teilt uns nämlich mit, daß Trojanowski sofort, nachdem er von der Genossenschaft die Auflassung erhalten hatte, seine Rechte an einen Deutschen Gainsfeld weiter zederte.

Wir können der Baugenossenschaft nicht den schweren Vorwurf ersparen, daß sie in diesem Fall mindestens strafbar leichtsinnig gehandelt hat. Sie hat nämlich weder über die Person des Reflektanten Trojanowski genügende Informationen eingezogen, noch hat sie hypothekarisch irgendwelche Einschränkungen eintragen lassen, um den Übergang des Besitzums in fremde Hände zu verhüten.

Wir stehen also der traurigen Tatsache gegenüber, daß 40 Morgen Land, die zum städtischen Territorium gehören, für immer für uns verloren sind. Wer die Hauptschuld hieran trägt, läßt sich für den Augenblick schwer feststellen; wir fordern deshalb die Baugenossenschaft und insbesondere ihren Aufsichtsrat auf, in aller kürzester Zeit Aufklärung zu geben.

In der letzten Zeit hat es sich leider häufiger ereignet, daß Bauparzellen auf städtischem Territorium in fremde Hände übergegangen sind. So haben Parzellen zu Beamtenhäusern verkauft die Herren Kosciencki aus Gnesen und Tabaczka aus Rawdar. Wenn wir weiterhin so handeln werden, dann wird

es uns unzweifelhaft in der Nähe der Stadt an Grund und Boden fehlen, auf welchem sich ein Pole ein Haus wird errichten können.

Auf die Viktoriagarten-Angelegenheit werden wir zurückkommen, sobald nur die Genossenschaft geantwortet haben wird.

Aus Nr. 157 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)  
vom 13. Juli 1911.

Barischin, den 11. Juli.

Seit längerer Zeit wird in unserer Industrie ein berechtigter Kampf darum geführt, daß unsere Lieferanten — Andersgläubige —, mit denen zu arbeiten wir gezwungen sind, mit uns in polnischer Sprache korrespondieren. Diese unsere berechnete Forderung hat sich bis jetzt nicht durchführen lassen und dies hauptsächlich wegen der Gleichgültigkeit unserer Herren Industriellen.

Achten wir unsere Muttersprache! Als Beweis dafür, wie unsere Lieferanten diese Angelegenheit behandeln, möge nachstehender Fall dienen. Ich habe hier vor mir einen Brief des Herrn Teofil G., eines Polen aus Labischin. Dieser Herr, der seit einem Jahre die Wassermühle in Labischin in Pacht hat, hat diese nach einem Juden übernommen, der, nachdem er sich überwiegend von Polen ein Vermögen gemacht hat, heute in Berlin den großen Herrn spielt. Dieser Herr G. schreibt also an seinen Kunden, einen hiesigen polnischen Kaufmann, einen Brief, der folgenden Wortlaut hat:

Labischin (Neke), den .....

Mitteilung von Teofil G.

Herrn .....

Ich bestätige Ihnen den Eingang von Mk. ...., bemerke jedoch höflichst usw.

Hochachtungsvoll

Teofil G.

Will Herr G., der sich ein Pole nennen möchte, sich unsern Kaufleuten gegenüber nicht der polnischen Sprache bedienen, oder versteht er sie nicht? Oder strebt er vielleicht danach, dem Deutschtum zu gefallen, das solchen Leuten für gewöhnlich mit Undankbarkeit lohnt?

Und was sagen die Herren Kaufleute hierzu? Bis jetzt haben sie sich mißachten lassen und zu solchen Beleidigungen geschwiegen (denn jeder Pole muß sich hierdurch beleidigt fühlen). Werdet ihr noch länger hierzu schweigen?

Wir wollen nicht weiter darauf eingehen, daß Herr G. fremdes Personal beschäftigt, vor allen Dingen einen deutschen Prokuristen, aber wir können und müssen fordern, daß er an uns polnisch schreibt, und er kann und muß sich dem fügen. Wenn ihm das nicht passen wird, dann mag er „deutsches Mehl“ herstellen und es meinetwegen in Afrika verkaufen.

Aber nicht genug damit, daß diese Firma mit den Kaufleuten nicht polnisch korrespondiert. Als seiner Zeit ein gewisser Kaufmann einen polnischen Brief an Herrn G. richtete, wurde dieser Brief wieder eingepackt und jenem Kaufmann ohne Anschreiben zurückgeschickt. Ob dies mit Wissen des Herrn G. geschehen ist, oder nicht darauf kommt es nicht an. Auf jeden Fall muß man annehmen, daß dieser polnische Brief einen der Herren aus dem Bureau des Herrn G. allzu sehr verletzt hat und von ihm deshalb ohne weiteres zurückgeschickt wurde. Der Prokurist des Herrn G., ein gewisser Bursikowski, rühmt sich, daß seine Vorfahren „urdeutsch“ gewesen sind. Da er sich aber bereits so



lange Zeit in Labischin aufhält, hätte er schon längst ein wenig polnisch lernen können.

Die Entrüstung unter den hiesigen polnischen Kaufleuten, die sämtlich Abnehmer des Herrn G. sind, ist groß. Herr G. würde besser tun, nicht abzuwarten, bis ihn seine Abnehmer zwingen werden, mit ihnen in ihrer Sprache zu korrespondieren. Andernfalls wird er sich nicht wundern können, wenn die Kaufleute aufhören werden, ihn zu unterstützen.

Ein Wachsam.

Aus Nr. 157 des „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) vom 13. Juli 1911.

### Ein neuer Landwirtschaftlicher Verein

ist in Preßitz, Kreis Wongrowitz, entstanden. Vorsitzender ist Propst Klarowicz.

Aus Nr. 158 des „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) vom 14. Juli 1911:

### Die rote Gefahr.

Aus Mrotzchen teilt man uns mit, daß dort die uns feindliche sozialistische Organisation ihre Netze nach unseren verirrtten Brüdern auswirft. Besonders die Maurer unterliegen den Versuchungen. Am letzten Sonntag fand im Lokal des Herrn Kierner eine Versammlung des Zentralverbandes statt, zu welcher acht Polen und nur drei Deutsche erschienen waren. Und das traurigste hierbei ist, daß sich die polnische Mehrheit in der Versammlung und unter einander der deutschen Sprache bediente. Denket daran, ihr Landsleute, daß der Sozialismus der Feind eures Glaubens und eurer Nationalität ist. Der Pole darf sich nur in der polnischen Berufsvereinigung zusammenschließen, wo er nicht der langsamen Germanisierung ausgesetzt ist, wie dies in fremden Organisationen der Fall zu sein pflegt. Dorthin darf unser Fuß nicht treten!

Aus Nr. 160 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa) vom 15. Juli 1911:

### Mogilno.

Die hiesige Bank Ludowy hat einen Bauplatz in der Klosterstraße erworben, auf welchem ein Vereinshaus errichtet werden soll. Mit dem Bau jenes Hauses wird sich eine zu diesem Zwecke gegründete Genossenschaft befassen, an deren Spitze der Ortsgeistliche Propst Siudzinski steht. Der Bau ist dem Baumeister Nowakowski übertragen worden.

### Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 84 des Pielgrzym (Pelplin) vom 15. Juli 1911:

### Aufruf.

Es steht eine Verwirrung unseres Volks in Bezug auf die kommenden Wahlen zum deutschen Reichstag bevor. Die tatkräftige Agitation, die in der Richtung entfaltet wird, daß unsere höchste Wahlbehörde geneigt sei, zu der gegebenen Zeit in manchen Wahlkreisen beim ersten Wahlgang auf eigene Kandidaten zu verzichten, bringt in die Reihen unserer Wähler eine gefährliche Verwirrung.

Darum halten wir es für unsere Pflicht, den letzten Absatz des § 13 unserer Wahlstatuten, nach welchen „bei den Wahlen zum deutschen Reichstag nur bei Stichwahlen Kompromisse eingegangen werden dürfen“, in Erinnerung zu bringen.

Zugleich bemerken wir bei dieser Gelegenheit, daß es unsere Pflicht ist darüber zu wachen, daß unsere Wähler überall diese Vorschrift befolgen und daß wir, selbst keine Kompromisse eingehend, i. Zt. d. i. nach Bekanntmachung der Neuwahlen, unsere d. h. die polnischen Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise zur öffentlichen Kenntnis bringen werden.

Darum bitten wir auch unsere Wähler angelegentlichst, keinen Einflüsterungen und Überredungen Glauben zu schenken und der Überzeugung zu sein, daß ihre Wahlbehörde, wie stets und überall, so auch in dieser Beziehung ihren Pflichten gewissenhaftest nachkommen wird.

Im Juli 1911

### Das Provinzialwahlkomitee für Westpreußen und Ermland.

Geistlicher Dr. v. Wolszlegier, St. Siforski, Geistlicher Dr. Tofarski, Dr. Laszewski, Dr. Karasiemicz, Geistlicher Barczewski.

Aus Nr. 84 des Pielgrzym (Pelplin) vom 15. Juli 1911:

### Die Versammlung der Delegierten des Verbands der Volksvereine

fand Mittwoch, den 12. Juli, in dem Dorfe Skurz, Kreis Pr. Stargard, statt. Wie in den Vorjahren, so felebrierte auch in diesem Jahre der Patron Pfarrer Kupeczynski früh um 8 Uhr eine feierliche hl. Messe auf die Intention des Verbandes.

Nach der Andacht versammelten sich die Delegierten in dem geräumigen Saale des Herrn Rejmer. Der Patron Pfarrer Kupeczynski eröffnete die Versammlung, und Herr Chrosielewski aus Skurz begrüßte die Delegierten mit einer kurzen herzlichen Ansprache im Namen des örtlichen Volksvereins.

Zum Leiter der Versammlung wurde Dekan Dr. v. Wolszlegier aus Pienionzkowo zu seinem Stellvertreter Dr. Karasiemicz aus Tuchel, zum Schriftführer Pfarrer Gulgowski aus Kielbasin gewählt.

Die Prüfung der Legitimationen ergab, daß 59 Vereine von 95 Delegierten vertreten wurden. Dies ist seit Gründung des Verbandes die größte Zahl.

Der Patron erstattet den Bericht für das verflossene Jahr. In der Einleitung bemerkt er, er tue dies nicht mit so großer Freude, wie in anderen Jahren, weil im Laufe des Jahres nur 15, mithin verhältnismäßig wenig Vereine dem Verbands beigetreten seien. Nach Streichung von 8 Vereinen — die als nicht bestehend gelten — gehören gegenwärtig dem Verbands 94 Vereine mit einer Zahl von etwa 11000 Mitgliedern an. Auf eine halbe Million polnischer Bevölkerung sei dies zwar keine große Zahl, wenn aber in Betracht gezogen werde, welche Schwierigkeiten die polnischen Vereine zu bestehen haben, so werde ein solches Ergebnis niemanden verwundern. Die neuen Vereine, zu deren Gründung mit einem gewissen Zweifel geschritten worden sei, entwickelten sich einfach ausgezeichnet. Der Verein in Sierakowicz z. B. zähle in seinem ersten Gründungsjahre 385 Mitglieder.

Unter allen Vereinen habe die größte Mitgliederzahl Osiek, nämlich 785. Die zweite Stelle nehme Ezerzk, die dritte Stargard, die vierte Sierakowicz ein.



Gurzo habe, trotzdem im nahen Radosz ein Verein gegründet wurde, ebenfalls eine große Mitgliederzahl. Der neue Verein in Radosz entwiklele sich ebenfalls günstig. Dem Volksverein in Kulmsee gehe es gegenwärtig besser, als früher. Die Mitgliederzahl dieses Vereins ist auf 200 gestiegen, und es besteht die Hoffnung, daß er in kurzem die Zahl von 400 Mitgliedern erreichen werde. Möge dies ein Vorbild für andere Vereine sein. Bei eifriger Arbeit lasse sich in dieser Beziehung viel Gutes wirken.

Weit mehr Mitglieder zählen könnten — nach Ansicht des Patrons — die Vereine in: Schwef, Strassburg, Zuckau, Lippinken, Kreis Löbau, Mittel, Lautenburg, Bienonskoro, Rehwalde bei Alonowken, Lissewo, Oliwa, Bruf, Neukirch, Borzyszkowo, Lubiewo, Nacionz, Neuenburg und in verschiedenen anderen Ortschaften. Die Ursachen dieses Mißerfolges seien mannigfach, aber die Hauptursache sei Gleichgültigkeit und oft auch die Verührung persönlicher Angelegenheiten in den Versammlungen. Zwar sei es auch in dieser Beziehung schon besser, aber trotzdem seien noch ziemlich viel Anstrengungen nötig, um diese Unzulänglichkeiten zu beseitigen.

Büchereien hätten gegenwärtig fast alle Vereine, es sei nur notwendig, daß sie in gehöriger Ordnung erhalten würden und die Mitgliedern von ihnen eifrig Gebrauch machten.

Im Auftrage des Vereins wurden die Vereine auf Wunsch von Rednern 56 Mal besucht. Außerdem entsandten Redaktionen ziemlich oft Redner, wofür ihnen Dank gebührt.

Von der Theaterbücherei machten 17 Vereine Gebrauch, aber nur vier Vereine erstatteten die geliehenen Bücher zurück. In Anbetracht dessen stellt der Patron den Antrag, daß in Zukunft Theaterstücke gegen Bezahlung von 1 Mark für das Buch und gegen Entrichtung des Portos verabsolgt werden sollen. Die Versammelten stimmen diesem Antrag zu.

Für das Skioptikon wurden etwa 100 Bilder angekauft, die das Leben und die Arbeit unserer Auswanderer in der Fremde darstellen. Es ist zu hoffen, daß die Vereine von dem Skioptikon, d. h. von Lichtbildervorstellungen noch häufiger Gebrauch machen werden. Die Kosten der Vorstellung trägt der Verein, und der Reingewinn vom Eintrittsgeld oder freiwilligen Beiträgen wird zur Hälfte dem Verbandspatronat überwiesen.

Von der Rechtshilfe wurde im verflossenen Jahre weit mehr Gebrauch gemacht, als bisher.

Der gegen das Patronat von der Polizei wegen der vorjährigen Delegiertenversammlung angestregte Prozeß wurde bisher stets gewonnen. Gegenwärtig wurde in Marienwerder die Sache dem Gericht in Thorn überwiesen. Das Patronat erhob gegen die Polizei auf dem Wege des Verwaltungstreitverfahrens Klage — die Sache ist bis jetzt unentschieden.

Einige Vereine verloren die Prozesse, weil sie den Vorschriften des Vereinsgesetzes nicht entsprachen. Die Vereine tun auch schlecht daran, daß sie vor Konflikten mit der Polizei dem Patronat keine Mitteilung machen, was in jedem Falle geschehen müsse. Auch von dem Ausgang eines Prozesses muß der Patron in Kenntnis gesetzt werden.

Mit einer Aufforderung zur eifrigen Arbeit in den Vereinen schloß der Patron seinen erschöpfenden Bericht.

Aus dem Kassenbericht, den infolge Abwesenheit des Kassierers ebenfalls der Patron erstattete, entnehmen wir folgendes:

|                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| Nach dem vorjährigen Kassenbericht    |             |
| betrug das Vermögen .....             | 2 233,72 M. |
| An Verbandsbeiträgen gingen ein ..... | 1 033,90 "  |
| Einnahmen für das Skioptikon .....    | 258,78 "    |
| Einnahmen für Gesangbücher .....      | 12,00 "     |
| Zinsen in der Bank zu Strassburg .... | 63,00 "     |
| Zinsen in der Bank zu Pöplin .....    | 43,55 "     |
| Zusammen                              | 3 644,95 M. |

|                                     |             |
|-------------------------------------|-------------|
| Die Gesamtausgaben für Lichtbilder- |             |
| vorstellungen betragen .....        | 553,10 "    |
| Zusammen                            | 2 291,49 M. |

|                                         |             |
|-----------------------------------------|-------------|
| In der Kasse befinden sich gegen-       |             |
| wärtig .....                            | 1 353,26 M. |
| Davon sind in der Pöpliner Bank         |             |
| hinterlegt .....                        | 955,03 "    |
| Schuldner für Gesangbücher .....        | 235,00 "    |
| Eiserner Fonds auf dem „Postcheckamt“   |             |
| in Danzig .....                         | 100,00 "    |
| Wert der auf Lager befindlichen Gesang- |             |
| bücher .....                            | 10,00 "     |
| Barbestand in der Kasse .....           | 53,23 "     |
| Zusammen                                | 1 353,26 M. |

Die Ausgaben waren im verflossenen Jahre wegen der Prozesse und wegen Entsendung von Rednern größer als in den Vorjahren, und mit den Verbandsbeiträgen sind bis jetzt etwa 30 Vereine im Rückstande. Der Patron regt an, daß in Zukunft alle Vereine den Verbandsbeitrag regelmäßig zahlen sollen. Wenn nämlich Geld zu verschiedenen anderen — weniger wichtigen — Zwecken vorhanden sei, so müßte es auch zum Verbandsbeitrag, der jährlich nur 20 Pf. für jedes zahlende Mitglied beträgt, ausreichen. Das sei die Pflicht jedes Vereins und deswegen werde kein Verein verarmen, er werde sich vielmehr heben.

Angeichts des günstigen Ergebnisses der freiwilligen Besteuerung empfiehlt der Vorsitzende, Dekan Dr. von Wolzlegier eine freiwillige Besteuerung jedes Mitgliedes 50 Pf. jährlich und berechnet, daß auf diese Weise jährlich zu guten Zwecken über 6000 M. mehr in die Kasse fließen würden. Als Beispiel stellt er in dieser Hinsicht die Tschechen hin. Der Vorsitzende rät auch, die Jugend nicht zu vergessen, für welche Jugendvereine nötig seien oder welche in die schon bestehenden Vereine hineingezogen werden müßte.

Dr. Karasiewicz aus Tuchel drückt seine Freude über die Entwicklung der Vereine aus und betont, daß seit Gründung des Verbandes noch niemals so viele Delegierte anwesend gewesen seien, wie dieses Mal. Das sei eine erfreuliche Erscheinung. Andererseits drückte aber Dr. Karasiewicz sein Bedauern aus, daß sich immer noch Vereine fänden, die zum Schaden für die gute Sache nicht regelmäßig den Verbandsbeitrag zahlten. Redner rät, in den Zeitungen diejenigen Vereine bekanntzumachen, die einen so bescheidenen Beitrag in die Verbandskasse nicht zahlen. Der Delegierte des Volksvereins in Mewe, Herr Brzeski, bemerkte hierzu, daß es zum größten Teil die Schuld des Vorstands sei, wenn ein Verein den Verbandsbeitrag nicht zahle. Sobald der Vorstand die Sache den Mitgliedern gebührend darlegte, widersehten sich die Mitglieder nicht. Einige andere Delegierte unterstützten diese Ausführungen.

Herr Rogala aus Berent machte Ortschaften in Kaschubien namhaft, in denen Volksvereine gegründet werden müßten.

Pfarrer Wisnicki erteilte den Rat, in den Vereinen Begräbniskassen einzurichten, die im Falle des Todes eines Mitgliedes freiwillige Begräbnisbeihilfen auszahlen müßten. Auf diese Weise würden den Vereinen viele Mitglieder beitreten.



In dieser Angelegenheit entspannen sich lebhaftige Erörterungen; es überwogen jedoch die Stimmen, daß die Vereine den beiseidebenen Verbandsbeitrag mit Leichtigkeit bezahlen könnten, wenn es nur an gutem Willen nicht fehle.

Von dem Referat des Vizepatrons Herrn Jezewski aus Stargard, über „Die Pflichten der Vorstandsmitglieder der Volksvereine“ und dem Korreferat des Pfarrers Karpinski aus Osiek nahmen die Delegierten mit Befriedigung Kenntnis. An dieser Stelle werden wir uns darüber nicht auslassen, weil die Referate in den „Odczyny“ (Vorträgen) abgedruckt sein werden.

Lebhafte Erörterungen fanden auch in Sachen der Pflege des Gefanges in den Volksvereinen statt. Fast alle Delegierten traten dafür ein, daß in den Versammlungen möglichst oft gesungen werden solle, weil auf diese Weise die Mitglieder unsere schönen Lieder singen lernen.

Über Rechtshilfe in Rentenangelegenheiten sprach ausführlich und mit Sachkenntnis Herr Dr. Karasiewicz aus Tuchel. Durch Zahlen wies Redner nach, welche große Verluste die polnische Volksgesamtheit dadurch erleide, daß die Rente nicht ordnungsmäßig nachgesucht werde. Mit Rücksicht darauf empfiehlt sich die Gründung von Rechtsbureaus, damit auf diese Weise das polnische Volk vor der Ausbeutung durch sogenannte Winkelkonsulenten geschützt werde, die sich für jede Anfertigung eines Antrags gut bezahlen lassen, eine Rente aber nicht erlangen, weil sie gewöhnlich die Rentengesetze nicht kennen, mithin auch nicht wissen, wie eine Rente zu erlangen sei. Die Ausführungen des Dr. Karasiewicz unterstützen Pfarrer Wisnietki und mehrere andere Delegierte. Nach Annahme eines entsprechenden Antrages in dieser Angelegenheit bemerkt der Patron, daß das Patronat vorläufig zwei Rechtsbureaus einrichten werde, die Rentenangelegenheiten erledigen würden. Sobald sich diese Bureaus als nützlich erweisen sollten und das Patronat die zu diesem Zweck erforderlichen Mittel haben werde, würden mehr Bureaus eingerichtet werden.

Auf eine kurze Mittagspause folgten weitere Beratungen über verschiedene den Verband und die Vereine betreffende Angelegenheiten. Die einzelnen Delegierten empfehlen die Pflege des Gefanges in den Vereinen, die Gründung von Vereinen dort, wo es keine gibt, die regelmäßige und bereitwillige Entrichtung von Beiträgen an die Verbandskasse, die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen usw.

Damit erreichen die Verhandlungen ihr Ende.

Der Vorsitzende dankt für die zahlreiche Beteiligung an der Versammlung und drückt seine Befriedigung aus, daß die Verhandlungen ruhig und sachlich verliefen. Wenn wir in dieser Richtung weiter mit Eifer wirken werden, so wird diese Arbeit zweifellos auch die erwünschten Früchte zeitigen. Um etwa 4 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Pfarrer Doering aus Strassburg drückt dem Vorsitz der Delegiertenversammlung für die Mühe und sachkundige Leitung der Verhandlungen herzlichen Dank aus und bringt auf ihn ein dreifaches Hoch aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten.

Als Ort der nächsten Zusammenkunft wurden verschiedene Ortschaften genannt, die endgültige Entscheidung wurde aber dem Patronat übertragen.

Aus Nr. 55 des Mazur (Ortelsburg Ostpr.)  
vom 9. Juli 1911:

### Gespräch zwischen Karl und Fritz.

Fritz: Guten Tag. Schon sehr lange sprachen wir nicht miteinander, und dieser Lump, der Pruski,

lügt wieder so sehr und macht das Volk so dumm, daß wir nicht umhin können, unser Völkchen mit unsrer Unterhaltung aufzuklären.

Karl: Dieser Lump lügt und schwindelt, doch dieses gelingt ihm nicht mehr so gut, denn man zeigt von allen Seiten mit den Fingern auf ihn, wie er die Zeitung zum Verdummen umsonst austellt.

Fritz: Der Pruski schrieb die Wahrheit, als er sagte, daß Rauben und Zügeanhaltten, wie das jetzt in Rußland und Rußisch-Polen geschieht, eine gemeine Sache sei. Das ist wahr. Doch die Räuber, die das tun, bezahlen dieses mit ihren Köpfen, wenn man sie fängt; doch tausendmal schlimmer ist es bei uns, wo man dem armen masurenischen Volke, welches dem Könige und der Obrigkeit immer untertan war, den Boden wegnehmen will, das ist der ärgste Raub.

Karl: Es ist wahr, ein Raub bleibt immer ein Raub, und Gewalt bleibt immer Gewalt, auch wenn sie unter Gesetzeschutz ausgeführt würden.

Fritz: Wer es ist, der dafür ist, daß uns der Boden weggenommen werden soll, den kennen wir — doch bei uns ist es trauriger wie in Rußland und Rußisch-Polen, denn diesen Schurken schlägt man bei uns für eine solche Tat nicht einmal den Kopf ab, ja die Dummen nennen sie Patrioten.

Karl: Sage jetzt du „Preussischer“, wo gibts größere Schurken? Sprich aber nur die Wahrheit! In Rußland nehmen die Räuber aber nur einen Teil, eben nur das, was sie bei einem Menschen finden, fort — und bei uns wollen sie alles, nämlich den Boden, der uns ernährt und ohne den wir auf immer Bettler werden, fortnehmen.

Fritz: O Gott, sende Gerechtigkeit herab und rette das arme masurenische Volk! Das ist ja keine russische Räuberei, das ist schon die reine Menschenfresserei wie bei den wilden Völkern.

Karl: Sende uns Rettung großer Gott, damit wir uns der Konservativen erwehren könnten. —  
(Folgen Schimpfereien auf den Przymjacieli Pruski.)

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 124 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 14. Juli 1911:

### Die politischen Schurkereien des Abgeordneten Korsanty.

Der Abgeordnete Korsanty brach im Laufe der letzten Woche sein öffentlich vor Zeugen gegebenes Ehrenwort als Abgeordneter zweimal.

Der Abgeordnete Korsanty log öffentlich in einer Versammlung, wofür ein Beweis das gestern veröffentlichte Schreiben des Vorsitzenden des Kreis Komitees für den Kreis Zabrze, des Herrn Rechtsanwalts Robylinski, ist.

Der Abgeordnete Korsanty mißbrauchte eine Wählerversammlung dazu, um mit Hilfe von Lügen seinen politischen Gegner zu verunglimpfen und die ihm unbequeme Gazeta Ludowa niederzuringen, weil diese die politischen Schritte und Taten des Abgeordneten Korsanty und des Abgeordneten Napieralski kontrolliert und von den Versöhnungsversuchen dieser beiden Abgeordneten öffentlich erzählt.

Der Abgeordnete Korsanty hat die nationale Solidarität und den Grundsatz, sich den Befehlen unserer höchsten Gewalten, welches die Wahlkomitees sind, zu unterwerfen, gebrochen. Nachdem er die Wählerversammlung in Michalkowitz dazu mißbraucht hatte, an seinem politischen Gegner seine persönliche Rache mit Hilfe von Lügen zu üben, hatte er nicht den Mut, unter der Firma dieses Wahlkomitees noch weiter auf-



zutreten. Daher zog er es vor, sich unter die Fittiche eines Agenten der Zeitungen, die er selbst redigiert, zu begeben. Dieses Verhalten verurteilt sich zur Genüge. Der Abgeordnete Korfanty, der sich der Machtbefugnisse des Komitees entzieht, — der Abgeordnete Korfanty, der in einer von seinem Vertrauten einberufenen Versammlung seinen parlamentarischen Bericht erstattet und der die Wahl eines Versammlungsleiters verhindert, welcher auch anderen das Wort erteilen würde, — der Abgeordnete Korfanty, der in der Versammlung die Entfernung der ihm unbequemen politischen Gegner veranlaßt, — der Abgeordnete Korfanty, der freien Arbeiterbürgern droht, er werde dafür sorgen, daß ihnen in der polnischen Berufsvereinigung das Brot deshalb entzogen wird, weil diese Arbeiter den Mut haben, eine eigene politische Meinung zu haben und Herrn Korfanty ins Gesicht zu sagen, was sie von seiner Handlungsweise denken, — der Abgeordnete Korfanty, der den selben Arbeiter des Brots berauben will, den schon deutsche haktistitische Arbeiter deshalb des Brots beraubt haben, weil er um die Rechte der Arbeiter kämpfte, — dieser selbe Abgeordnete Korfanty nimmt jetzt in heuchlerischer Weise die Berufsvereinigung in Schutz, obgleich sie ihn um diesen Schutz nicht gebeten hat und diesen Schutz nicht braucht, und er will, wie der russische Zar, mit dieser Berufsvereinigung nach Belieben schalten und walten. Er will ihr gebieten, sie solle ihre eifrigsten Mitglieder des Brots berauben nur deshalb, weil sich diese Mitglieder außerhalb der Berufsvereinigung als Bürger und Polen in polnischen Organisationen betätigen wollen. Er will das Vertrauen zu diesen Mitgliedern und Leitern nur deshalb untergraben, weil diese Arbeiter keine politischen Hammel sind und sehr gut wissen, daß sowohl die Arbeit in der Arbeiterorganisation als auch das politische Auftreten dieser Mitglieder ebenfalls ihre eigenen Wege gehen.

Die von dem Abgeordneten Korfanty redigierten Blätter überschütten jetzt mit einer Flut von Galle und schändlichsten Schmähungen diejenigen Arbeiter, die anderer Ansicht sind wie der Abg. Korfanty, die diese Ansicht öffentlich verteidigen, und weil diese Arbeiter Mitglieder der polnischen Arbeiterorganisation sind, gehen die Beuthener Blätter in ihrer Gemeinheit so weit, daß sie die Arbeiterorganisation mit Hilfe von Lügen denunzieren und sie vor den Wagen der Beuthener Politik spannen wollen. Mit einem Worte, diese von dem Abg. Korfanty redigierten Blätter wollen aus der Berufsvereinigung mit Gewalt eine politische Organisation machen.

Sie schreiben, die Berufsvereinigung solle Leuten, wie den Redakteuren der Gazeta Ludowa, Ryburz, Kasprzak und anderen den Zutritt zu ihr verwehren. Auf gemeine Art lügen sie, daß Ryburz, Kasprzak und die von den Beuthener Blättern genannten Leute Zutritt zur Berufsvereinigung gehabt hätten. Aber Korfanty hatte Zutritt zu ihr und glaubte, die Berufsvereinigung werde tanzen, wie er pfeifen werde, und sich vor den Wagen seiner Politik spannen lassen. Die Berufsvereinigung tat dies nicht, sie ging eigene Bahnen, und darum diese gemeinen Denunziationen der Beuthener Blätter. Die Berufsvereinigung wird in Zukunft der Stimme der Beuthener Blätter wohl gehorchen und den Beuthener Politikern den Zutritt zu ihr verweigern, denn diese könnten mit ihr daselbe machen, was der Abg. Korfanty seiner Zeit mit der „Gegenseitigen Hilfe“ getan hat.

Darüber, ob die von den Beuthener Blättern mit Namen genannten Arbeiter der Organisation schädlich sind, wird die Organisation entscheiden, nicht die Beuthener Presse. Es würde ihnen sehr gefallen, wenn die Berufsvereinigung die den Beuthenern Ver-

söhnern unbequemen Leute des Brots berauben würde. In der Berufsvereinigung regiert der Verband, nicht aber Napieralski und Korfanty.

Aus Nr. 126 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 16. Juli 1911:

Kattowitz, den 11. Juli 1911.

Das unterzeichnete Kreis Komitee hat in der am 14. d. Mts. abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen:

Das Provinzial-Wahlkomitee wird gebeten, unverzüglich die Prüfung der Vorwürfe, die einerseits gegen das Kreis Komitee anlässlich der Veranstaltung und Abhaltung der letzten Wählerversammlungen erhoben wurden und in Nr. 157 des Gornoslonszak enthalten sind, sowie andererseits die Prüfung derjenigen Vorwürfe, die wir aus demselben Anlaß gegen Herrn Korfanty erheben, in die Wege leiten zu wollen.

Zugleich bitten wir die geehrten Wähler, mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Komiteevorsitzende verreist ist, in allen Komiteeangelegenheiten sich an den unterzeichneten Schriftführer des Komitees zu wenden.

Das polnische Wahlkomitee  
für den Kreis Kattowitz—Land.

J. A.:

Stanislaus Weber,  
Kattowitz, Bentestraße 14.

Aus Nr. 158 des Kuryer Slaski (Zabrze)  
vom 14. Juli 1911:

### Die Bevölkerung in den Wahlkreisen nach dem Bekenntnis.

Unter dieser Überschrift schreiben die Napieralski-Blätter im Anschluß an eine in der Köln. Volksztg. veröffentlichte Statistik u. a.:

Es lohnt, sich die Zahlen in denjenigen Wahlkreisen, in denen polnische und deutsche Katholiken neben einander wohnen und in denen trotzdem Feinde der Katholiken die Mandate inne haben, und in denjenigen katholischen Wahlkreisen näher anzusehen, die in nationaler Beziehung gemischt sind und in denen in unserem Lande das Zentrum die Mandate inne hat.

Es sind dies:

|              | Einwohner | ev.    | kath.   | Abgeordneter |
|--------------|-----------|--------|---------|--------------|
| 1. Kreuzburg | 100 327   | 39 418 | 60 101  | Konj.        |
| 2. Kosel     | 146 665   | 6 272  | 139 543 | Zentr.       |
| 3. Ratibor   | 152 514   | 5 371  | 146 154 | Zentr.       |
| 4. Neustadt  | 98 956    | 7 536  | 91 090  | Zentr.       |
| 5. Stuhm     | 104 655   | 47 425 | 55 620  | Reg.=Part.   |
| 6. Graudenz  | 161 300   | 73 677 | 83 935  | Katl.        |
| 7. Thorn     | 180 447   | 78 755 | 98 137  | Katl.        |
| 8. Mejeritz  | 112 210   | 48 063 | 63 220  | Konj.        |
| 9. Lissa     | 70 686    | 26 451 | 42 980  | Reg.=Part.   |

Es handelt sich hier also um 9 Mandate. Von diesen 9 Mandaten haben die Zentrumsleute zu Unrecht noch den Wahlbezirk Kosel-Groß-Strehlitz inne, den wir ihnen als überwiegend polnischen Wahlkreis bei den nächsten Wahlen abnehmen müssen. Zu Unrecht haben sie auch den Wahlkreis Ratibor inne, denn dort haben die Slawen, Polen und Mähren, die Mehrheit. Diese müßten sich verständigen und dem Zentrum dieses Mandat abnehmen. Zu Unrecht und nur dank der Hilfe des Zentrums haben die Konservativen den Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg inne; jetzt müßten wir ihnen dieses Mandat abringen. Die Wahlkreise Neustadt, Stuhm, Graudenz,



Thorn, Mejeritz und Lissa, also 6 Wahlkreise, müßten die Zentrumsleute und die Polen mit gemeinsamen Kräften erobern. Hinzukommen noch 3 Wahlkreise in Westfalen, wo die Polen über das Wahlergebnis in drei von den Sozialdemokraten innegehabten Wahlkreisen entscheiden. Eine vernünftige Politik würde gebieten, daß das Zentrum und die Polen diese 9 Wahlkreise unter sich so verteilen, daß die Polen in einer Legislaturperiode 5 Mandate und in der nächsten Legislaturperiode wiederum das Zentrum 5 und die Polen nur 4 Mandate erhielten. Ein Äquivalent für die Wahlhilfe könnte auch bei den Landtagswahlen eintreten. Auf diese Weise könnte die polnische Fraktion 3 Mandate gewinnen, die sie dem Zentrum bzw. den Konservativen abnehmen könnte, und zwar die Wahlkreise Kreuzburg, Ratibor und Großstrehlitz, durch ein Kompromiß mit dem Zentrum könnte sie sogar wenigstens 4 Mandate gewinnen. In diesem Falle würde die polnische Fraktion 27 Mitglieder zählen.

Trotz allen Geschreis der verschiedenen patentierten Demokraten glauben wir, daß das polnische Volk eine solche Politik billigen würde. Wir gestehen offen, daß in gewissen Wahlkreisen im Großherzogtum und in Westpreußen die Deutschen Katholiken den Einflüssen des Hatatismus so sehr unterliegen, daß sie heute lieber für Feinde des Katholizismus stimmen als für einen polnisch-katholischen Kandidaten. Anstatt in den polnischen Landesteilen polnische Seelen einzufangen, täte das Zentrum besser, wenn es diese irreführten deutschen Katholiken bekehren würde.

Aus Nr. 127 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)  
vom 18. Juli 1911:

### Polen und Zentrum.

Unter obiger Überschrift schreiben wir in der Gazeta Ludowa schon mehrere Artikel in dieser Angelegenheit und beleuchteten in ihnen unseren Standpunkt zum Zentrum, der von den Anschauungen der Herren Napieralski und Korfanty abweicht. Wie unseren Lesern bekannt ist, hat der Abg. Napieralski seine Auffassung in dieser Angelegenheit gegenüber dem Redakteur des konservativen Blattes Slowo in Warschau ausgesprochen.

Diese Anschauungen des Abg. Napieralski bestätigten auch die Beuthener Blätter, von uns an die Wand gedrückt, in Nr. 149. Anstatt in sachlicher und ruhiger Weise mit der Gazeta Ludowa eine Diskussion anzufangen, in deren Verlauf sich erst herausstellen würde, welche Seite recht hat, haben die Blätter in Nr. 152 gelogen, indem sie ihren Lesern einredeten, die Gazeta Ludowa habe geschrieben, daß „für den Fall, daß beim ersten Wahlgang für den Zentrums-kandidaten gestimmt würde, unsere Landsleute im Westen keine Versammlungen veranstalten könnten. Mit einem solchen Mangel an Kenntnis der Gesetze und politischen Verhältnisse zu kämpfen, denken wir nicht“. Solche Argumente fanden sich in den Beuthener Blättern auf den Artikel „Die Polen und das Zentrum“ in Nr. 116 der Gazeta Ludowa.

Eine solche Erklärung zeugt nur davon, daß diese Blätter fühlen, daß sich ihre Politik auf abschüssiger Bahn bewegt; eine solche Antwort zeugt davon, daß die diese Blätter schreibenden Redakteure fühlen und sehen, daß sie schlecht handeln und daß die gegenteilige Ansicht gut und gesund ist, und darum wollen sie den Gegner mit einer Lüge schlagen.

„Wer sich ärgert, hat nicht recht“, sagt unser altes polnisches Sprichwort. Die Beuthener Blätter ärgern sich, sie schreiben wochenlang mit Schmähungen

auf die Nationaldemokratie und kämpfen mit ihr mittelst Lügen. Sie vergessen aber, daß die Wahrheit stets ans Tageslicht kommt und daß sich eine böse und unehrenhafte Tat früher oder später an den recht, der sie begeht.

Das empfinden auch schon jetzt die Beuthener Politiker. Herr Napieralski hat sich mit Herrn Korfanty schon im voraus in das Fell geteilt, wiewohl der Bär noch im Walde ist, schon im voraus haben sie in ihren Blättern geschrieben und in Versammlungen erzählt, daß wir mit den Zentrumsleuten bei den Wahlen Hand in Hand gehen müssen, daß schon beim ersten Wahlgang in Wahlkreisen, in denen sich die Polen in der Minderheit befinden, für den Zentrums-kandidaten gestimmt werden müsse, wofür uns die Zentrumsleute aus Dankbarkeit in anderen Wahlkreisen unterstützen werden. Auf diese Weise werden wir, wie die Beuthener Blätter berechnen, einige Mandate mehr erobern, so daß wir in Berlin nicht 20, sondern 27 polnische Abgeordnete haben werden.

Einverstanden! Wäre doch jeder von uns Polen ein vollendeter Dummkopf, wenn er angesichts der Gewißheit solcher zu erreichenden Vorteile auf einen so einfachen politischen Handel nicht eingehen wollte. Aber leider steht hier die große Klippe entgegen, daß dies fromme Wünsche nur der Beuthener Herren Politiker, des Abgeordneten Napieralski und Korfanty sind, den Zentrumsleuten aber es gar nicht einmal im Traume einfällt, auf einen solchen Handel einzugehen und freiwillig auf die Wahlkreise zu verzichten, in denen sich die Polen zwar in der Mehrheit befinden, die aber in Berlin von Zentrumsabgeordneten vertreten werden.

Auf diesen im Dziennik Slonski und Kurjer Slonski (in Nr. 158 vom 15. d. Mts.) gemachten Vorschlag antwortet das schlesische Zentrumsblatt, die Schles. Volksztg., in Nr. 317 sehr hochmütig, den Zentrumsleute sei es nicht im Traume eingefallen, den Polen die Mandate aus dem Wahlkreis Kosel-Groß-Strehlitz das von polnischer Bevölkerung bewohnt wird, oder in den westpreussischen Wahlkreisen Stuhm, Graudenz, Thorn oder in den Posenischen Wahlkreisen Lissa oder Mejeritz abzutreten.

Das Zentrumsorgan gibt den Beuthener Blättern folgende Abfertigung:

„Was das Zentrum besser täte oder nicht, darum braucht sich der Dziennik Slonski keine Sorge zu machen. Das Blatt läßt aber auch seine Rage zu weit aus dem Sack, als daß das Zentrum auf seine Vorschläge eingehen könnte. Zunächst will es dem Zentrum einige Mandate abnehmen eventl. mit Hilfe der Währen (im Kreise Ratibor — Ann. d. Red.), dann aber soll ihm das Zentrum gut genug sein, noch vier oder fünf andere Mandate zu erobern. Wir glauben, dem Dziennik Slonski schon jetzt erklären zu können, daß das Zentrum sich auf einen solchen Handel nicht einlassen wird.“

Eine solche Abfertigung geben die Zentrumsleute den Beuthener Politikern, die schon seit Wochen die Welt davon zu überzeugen suchten, wie gut es wäre, wenn wir mit den Zentrumsleuten Hand in Hand gehen und schon beim ersten Wahlgang für sie stimmen könnten.

Wir sind sehr neugierig, ob die Beuthener Katolik-Politiker Napieralski und Korfanty den Mut haben werden, dem polnischen Volke das Bündnis der Polen mit dem Zentrum noch weiter zu empfehlen.



Aus Nr. 161 des Gornoslazak (Kattowitz)  
vom 18. Juli 1911:

### Das Zentrum und die Polen.

Unter dieser Überschrift schreiben die Katolik-Blätter u. a. was folgt:

Der Oberschlesische Kurier bringt einen aus parlamentarischen Kreisen stammenden Artikel, der das Verhältnis der Polen zum Zentrum bespricht. In diesem sehr friedlich geschriebenen Artikel tritt ein Zentrumsabgeordneter angelegentlichst für eine Verständigung der Polen mit dem Zentrum bei den nächsten Wahlen ein und weist auf das gute Ergebnis des Kompromisses zwischen Polen und Zentrum während der letzten Landtagswahlen hin.

An die Wiedergabe dieses Artikels knüpfen dann die Katolik-Blätter nachstehende Bemerkungen:

Man muß anerkennen, daß der Zentrumsabgeordnete verständig schreibt. Eine Verständigung zwischen den Polen und dem Zentrum wäre viel leichter, wenn manche Zentrumsleute in den polnischen Landesteilen keine so zügellose Agitation gegen die Polen entfalten, die Polen nicht in die Zentrumsorganisationen hineinziehen und nicht germanisieren würden, indem sie besonders die Kirche hierzu mißbrauchen. Gerade diese Arbeit hat unter den Polen soviel Unzufriedenheit erregt, daß es schwer hält, diese Unzufriedenheit und Erbitterung nicht als ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur Verständigung anzusehen. Was die allgemeinen Auslassungen dieses Zentrumsabgeordneten anbetrifft, so bemerken wir von vornherein, daß unseres Erachtens die Polen alle bisherigen Mandate in Oberschlesien behalten müssen, daß sie ferner dem Zentrum den Wahlkreis Kosel-Groß-Strehlig, der uns mit Recht gebührt, abringen müssen, daß wir völlig freies Feld zur Eroberung der Wahlkreise Kreuzburg und Ratibor haben müssen. Was die übrigen Wahlkreise anbetrifft, so könnte man mit dem Zentrum ein Kompromiß eingehen nach dem Grundsatz: do, ut des, und dieses Kompromiß würde die Zahl der polnischen und Zentrumsmandate zweifellos vermehren. Beide Seiten würden dabei gewinnen.

Aber es kommen hier noch Momente politischer Natur in Frage. Das Zentrum hat mit den Konservativen ein festes Kompromiß. Der kommende Reichstag wird sehr weittragende Aufgaben zu lösen haben, besonders wird er über die Richtung der Handelspolitik des Reiches zu entscheiden haben. Und die Polen werden wahrscheinlich das Zünglein an der Waage sein. Unseres Erachtens unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß nach den Reichstagswahlen die Kanzlerschaft v. Bethmann-Hollwegs durchaus kein rühmliches Ende nehmen wird, aber sie wird nur dann ein Ende nehmen, wenn die Polen an seinem Sturz arbeiten werden. Da liegt der Hund begraben. Kurz vor oder nach den Reichstagswahlen wird v. Bethmann-Hollweg dem preußischen Landtag den Entwurf eines mit dem Vorkaufsrecht für die Deutschen verbundenen Parzellierungsgesetzes vorlegen. Die Annahme dieses neuen und schlimmsten polenfeindlichen Gesetzes würde die Polen zwingen, nicht nur im Landtage, sondern auch im Reichstage zur extremen Opposition überzugehen. Wenn wir unter diesem Gesichtswinkel auf ein Bündnis mit dem Zentrum blicken, dann gewinnt diese Angelegenheit für uns eine politische Bedeutung ersten Ranges. Und unseres Erachtens muß unsere ganze Politik unter diesem Gesichtswinkel getrieben werden, denn anders kann und darf der Pole im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht handeln.

Aus Nr. 162 des Gornoslazak (Kattowitz)  
vom 19. Juli 1911:

### Die Wahlvorbereitungen unserer Feinde.

Die deutschen Wahlvereine in Kattowitz und Myslowitz und die Wahlorganisationen der Freijüngigen oder Fortschrittler in Kattowitz, Zabrze und Laurahütte machen in den liberalen Blättern bekannt, daß sie sich als gemeinsamen Abgeordnetenkandidaten für den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze den Myslowitzer Bürgermeister Dr. Häuser aussersehen hätten, den sie zum linken Flügel der Nationalliberalen zählen. Dr. Häuser ist als verbohrtter Hafatist bekannt, und sein Liberalismus kommt gegenüber polnischen Vereinen und Versammlungen, denen er die größten Schwierigkeiten bereitet, kraß zum Ausdruck. Wir sehen also, daß sich die Fortschrittler treu bleiben und im hafatistischen Lager gegen das polnische Volk marschieren. Das polnische Volk kennt diese Herrn Fortschrittler sehr gut und wird ihnen gegenüber einen entsprechenden Standpunkt einnehmen.

Bis jetzt besteht also im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze im deutschen Lager keine Einigkeit. Bekanntlich berief Generaldirektor Hilger unlängst eine Versammlung aller Deutschen ein, um sie in ein Lager gegen die Polen zusammenzuschließen. Er forderte in dieser Versammlung auf, die deutschen fortschrittlichen Wahlvereine und Organisationen sollten ihre Kandidaten präsentieren. Und diese überließen ihm zwischen folgenden drei Kandidaten: Dr. Häuser, Dr. Hacks und Generaldirektor Lobe aus Hohenlohehütte. Hilger war mit keinem dieser Kandidaten einverstanden und forderte, daß der Kandidat der Deutschen Generaldirektor Williger aus Kattowitz sein sollte; mit diesem waren jedoch die Organisationen der Fortschrittler und die deutschen Wahlvereine nicht einverstanden. Es wäre interessant zu wissen, ob schließlich unter den Deutschen eine Verständigung zustande kommen wird. Uns scheint es, daß die entzweiten Deutschen schließlich der Kandidatur des Generaldirektors Lobe oder Williger zustimmen werden.

Deutsche Blätter bringen die interessante Nachricht, daß die Regierung schon früher ein starkes deutsches Lager im Kreise Kattowitz-Zabrze zu bilden sich bemüht habe, um den Abgeordneten Korfanty aus diesem Wahlbezirk zu verdrängen. Offenbar ist der Abgeordnete Korfanty der Regierung besonders unbequem, wenn sich die Regierung selbst bemüht, ein starkes und einheitliches Lager gegen ihn zu bilden. Und in anbetracht dessen wagen es noch einige blinde Politiker, den Abgeordneten Korfanty als Veröhrer zu verleumden. Jetzt wissen wir jedoch, wie die Dinge in diesem Wahlkreis stehen. Wir wissen alle, daß sich die Regierung und die Hafatisten bemühen, gegen die Polen in diesem Wahlkreis eine starke Front zu bilden, um uns dieses Mandat zu entreißen.

Angeichts dessen bedürfen wir doppelt der Eintracht und Einigkeit. Wer diesen Frieden im polnischen Lager trübt und stört, der wirkt zum Vorteil der Hafatisten, der Feinde des polnischen Volks und der uns feindlichen Regierung.

Der Oberschlesische Kurier teilt mit, daß im Wahlkreise Pleß-Rybnik die polnischen Freunde des Zentrums die Kandidatur des Pfarrers Schliwa aus Janowitz vorschlugen. Sonderbar müssen diese polnischen Freunde des Zentrums sein, die sich als Kandidaten den durch seine feindliche Gesinnung gegen das Polentum bekannten Geistlichen und berüchtigten Germanisator aussersehen. Eine bessere Idee konnten sie nicht haben. Die Kandidatur des Pfarrers Schliwa kann man nur zu dem Kapitel der Wahlhumoristik rechnen.



Aus Nr. 125 der Gazeta Ludowa (Katowitz)  
vom 15. Juli 1911:

### Schlesische Unterrichtshilfe (Pomoc naukowa).

Gestern abends fand in der Reichshalle zu Katowitz die Jahreshauptversammlung der Schlesischen Unterrichtshilfe statt. Die Versammlung eröffnete der Vereinsvorsitzende Herr Dr. Kosteł aus Ratibor und schlug zum Leiter der Versammlung Herrn Dr. Hager aus Zabrze vor. Die Versammelten gaben durch Zuvor ihre Zustimmung dazu, daß Herr Dr. Hager den Vorsitz führen soll. Ins Bureau berief Herr Dr. Hager den Rechtsanwalt Herrn Dr. Krzyżankiewicz aus Königshütte.

Alsdann erstatteten der Reihe nach der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer die Berichte über ihre Tätigkeit.

Aus dem Bericht des Kassierers, des Abgeordneten Herrn Dr. S. Seyda aus Katowitz, erfahren wir, daß das Vereinsvermögen, der Reservefonds, auf dem Papier 26 408,58 M. beträgt, diese Summe ist aber leider nur fingiert. Denn es figurieren darunter angebliche Forderungen des Katolik-Verlags an verschiedene Leute in Höhe von 20 000 M., die man wahrscheinlich niemals wird einziehen können. Der Vorstand wandte sich schon wiederholt an den Katolik-Verlag, daß er diese Angelegenheit aufklären möge, bis jetzt aber ohne Erfolg.

Herr Rechtsanwalt Czajla aus Beuthen klärt auf, daß er zwar das Verzeichnis jener angeblichen Schuldner vom Katolik-Verlage erhalten habe, daselbe sei aber so verworren und unübersichtlich gewesen, daß er daraus nichts erfahren konnte.

Über diese Angelegenheit entspinnt sich eine längere Diskussion, in der verschiedene Projekte vorgeschlagen wurden, wie man diese 20 000 M. für die Schlesische Unterrichtshilfe erlangen könnte. Es wurde festgestellt, daß der Verein der Unterrichtshilfe als solcher hierbei nichts machen könne, daß hier mit Erfolg der Katolik-Verlag etwas tun könnte, wenn er sich mit der Angelegenheit befassen wollte.

Man einigte sich dahin, es sollten alle Mittel versucht werden, daß wenigstens etwas von diesen 20 000 M. für den Verein der Schlesischen Unterrichtshilfe gerettet werden könnte.

Ferner gab der Kassierer den Versammelten bekannt, daß einige Mitglieder aus dem Kreise Oppeln ihren Austritt aus dem Verein angemeldet und damit begründet hätten, daß es nicht lohne, für die Jugend Geld herzugeben, weil man an ihr keine Freude habe.

Aus dem Vorstande schieden aus die Herren Dombek, Seyda und Pfarrer Robota. Durch Zuvor wurden sie auf drei Jahre wiedergewählt; ebenfalls durch Zuvor wurden zu Revisoren wiedergewählt die Herren Nowicki und Szyperski.

Es wurde alsdann zur Verlesung des Entwurfs der Satzungen in der von der hierzu bestimmten Kommission vorgelegten Ausarbeitung geschritten. Nach Vornahme einiger Änderungen in dem Wortlaut einiger Paragraphen wurden die Satzungen ganz angenommen.

Da in der freien Aussprache niemand das Wort ergriff, schloß der Vorsitzende um 8 Uhr abends die Versammlung.

\* \* \*

Der Bericht in Nr. 126 der Gazeta Ludowa vom 16. Juli 1911 wie folgt ergänzt:

In den gestrigen Bericht über die Hauptversammlung der Schlesischen Unterrichtshilfe hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Reservefonds des Vereins beträgt nämlich tatsächlich, nicht nur auf dem Papier 26 408,58 M. Davon sind 20 000 M. in dem Verlage des Katolik als Darlehn angebracht. Diese 20 000 M., von denen

wir schrieben, daß diese Summe nicht ganz wird eingetrieben werden können, ist ein fingiertes Vereinsvermögen, welches in der Bilanz nicht figuriert.

### Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 157 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 13. Juli 1911:

### Achtung, ihr Landsleute von der Anton- Parochie!

Der Kuratus Baron hat sich verpflichtet, den älteren polnischen Kinder die Grundlehren der heiligen Religion in polnischer Sprache zu lehren. Wir fordern euch, Landsleute, auf, eure Kinder, die die heiligen Sakramente empfangen sollen, am Donnerstag früh um 8 Uhr dem Kuratus Baron, Rüdersdorferstraße 45, oder, falls es ihnen nicht möglich ist, persönlich mit ihren Kindern zu erscheinen, dem St. Anton-Verein zuzuführen.

Aus Nr. 85 der Osa (Herne-Horsthausen)  
vom 19. Juli 1911:

### Aus dem Gefängnis.

Am Sonnabend um 1/2 12 Uhr hat Frau Swinarska, die Frau des Beamten der polnischen Berufsvereinigung in Bochum, früher in Dirschau, das Gefängnis in Bochum verlassen.

In Dirschau starben seinerzeit ein gewisser Unterbeamter und seine Frau, die ein Kindchen hinterließen. Zum Vormund wurde Herr Swinarski ernannt, dessen Frau sich voller Herzlichkeit der armen Waise annahm. Es versteht sich, daß Herr Swinarski bemüht war, das Kind dem polnischen Unterricht zuzuführen. Das gilt in den Augen der Behörden als Verbrechen. Das Gericht erklärte auf Grund einer Anzeige, daß Herr Swinarski nicht fähig sei, das Amt wegen polnischer Umtriebe zu versehen, und es entthob ihn seines Amtes als Vormund.

Die Beschwerden des Herrn Swinarski blieben ohne Erfolg. Infolge der Anordnung wurde Herrn Swinarski die Vormundschaft über das Kind abgenommen und dieses anderweit untergebracht.

Frau Swinarska protestierte gegen die Fortnahme des Kindes, als der Polizist nach diesem kam, und zwar auf eine Art, daß man sie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt anklagte. Sie wurde dafür zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt befürwortete nicht die Bitte um Begnadigung. Frau Swinarska mußte also mit ihrem wenige Monate zählenden Kinde ins Gefängnis gehen, in welchem sie die fünf Tage abfaß.

Frau Swinarska kann des Mitgefühls aller Landsleute und Landsmänninnen sicher sein. Wenn sie auch kennen gelernt hat, daß eine Bestimmung im heiligen preussischen Staate besteht, die da gebietet, die Waisen zu verdeutschern, wenn sie von einem Vater abstammen, der die Ehre gehabt hat, königlich-preussischer Beamter zu sein, wenn er auch nur Reiniger der königlich-preussischen Latrinen auf den Bahnhöfen gewesen ist, so wird sie dennoch unser polnisches Glend mehr lieben als das berühmte Deutschtum, das auf Freiheit und Gerechtigkeit ein Patent genommen hat.

Heil der Frau Swinarska!



Aus Nr. 14 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)  
vom 15. Juli 1911:

**Kassenbericht**  
**des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine Deutschlands.**  
Nachweisung der geleisteten Beiträge für das I. Vierteljahr 1911.

| Ort              | Nr. | Name des Vereins                                                    | M      |
|------------------|-----|---------------------------------------------------------------------|--------|
| Berlin           | 1   | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 295,40 |
| Brandenburg      | 2   | Polnisch-katholischer „Sobieski“-Verein .....                       | 42,00  |
| Braunschweig     | 3   | Polnisch-katholischer St. Adalbert-Verein .....                     | 10,00  |
| Schöneberg       | 4   | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 16,40  |
| Zehdenick        | 5   | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 13,20  |
| Stettin          | 6   | Polnisch-katholischer Verein .....                                  | 19,20  |
| Frankfurt        | 7   | Polnisch-katholischer Industrieverein .....                         | 11,40  |
| Rixdorf          | 8   | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 43,80  |
| Sudenburg        | 9   | Polnisch-katholischer Verein „Eintracht“<br>(IV. u. I. Vierteljahr) | 32,20  |
| Magdeburg        | 10  | Polnisch-katholischer St. Nepomukverein .....                       | 36,60  |
| Bernburg         | 11  | Polnisch-katholischer St. Josephverein .....                        | 28,00  |
| Berlin           | 12  | Verein des Kirchenchors St. Cäcilie .....                           | 13,80  |
| Stettin          | 13  | Verein „Eintracht“ .....                                            | 5,00   |
| Tangermünde      | 14  | Polnisch-katholischer St. Alloysiusverein .....                     | 31,20  |
| Görlitz          | 15  | Polnisch-katholischer St. Josephverein .....                        | 14,00  |
| Senftenberg II   | 16  | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 31,00  |
| Hildesheim       | 18  | Polnisch-katholischer St. Bernhardverein .....                      | 13,20  |
| Weissenfee       | 19  | Polnisch-katholischer St. Stanislausverein .....                    | —      |
| Cöpenik          | 20  | Polnisch-katholischer Verein „Kasimir der Große“ .....              | 17,40  |
| Wilmersdorf      | 21  | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | —      |
| Greppin          | 23  | Polnisch-katholischer St. Franziskusverein .....                    | 20,60  |
| Berlin           | 24  | Polnisch-katholischer Verein „Lech“ .....                           | 7,20   |
| Berlin           | 25  | Polnisch-katholischer St. Josephverein .....                        | 19,80  |
| Berlin           | 26  | Polnisch-katholischer Verein „Norden“ .....                         | 30,60  |
| Breslau          | 30  | Polnisch-katholischer Verein .....                                  | 32,40  |
| Berlin           | 32  | Industrieverein „Piaſt“ .....                                       | 13,20  |
| Helbra           | 33  | Polnisch-katholischer Gefangverein „Lutnia“ .....                   | 23,80  |
| Berlin           | 34  | Verein „Vulkan“ .....                                               | 3,00   |
| Egeln            | 37  | Polnisch-katholischer St. Peter und Paulverein .....                | 20,40  |
| Moabit           | 40  | Polnisch-katholischer St. Kasimirverein .....                       | 135,60 |
| Hamburg          | 41  | Polnisch-katholischer Handwerkerverein .....                        | 33,00  |
| Hamburg          | 42  | Polnisch-katholischer Verein „Hoffnung“ .....                       | —      |
| Wilhelmsburg     | 45  | Polnisch-katholischer St. Josephverein .....                        | 22,80  |
| Schiffbeck       | 47  | Polnisch-katholischer St. Peter und Paulverein .....                | 48,40  |
| Gr.-Mäſchen      | 48  | Polnisch-katholischer St. Peter und Paulverein .....                | —      |
| Riel             | 52  | Volkverein (IV. und I. Vierteljahr) .....                           | 26,40  |
| Ober-Schöneweide | 53  | Polnisch-katholischer Verein .....                                  | 21,00  |
| Lichtenberg      | 54  | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 16,40  |
| Hamburg          | 55  | Polnisch-katholischer Verein „Eintracht“ .....                      | 7,80   |
| Unterröblingen   | 56  | Polnisch-katholischer St. Barbaraverein .....                       | 9,60   |
| Halle a. S.      | 57  | Polnisch-katholischer St. Franziskusverein .....                    | 20,40  |
| Stedten          | 58  | Polnisch-katholischer St. Lorenzverein .....                        | 9,40   |
| Tempelhof        | 60  | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 19,20  |
| Potsdam          | 61  | Polnisch-katholischer St. Adalbertverein .....                      | 13,60  |
| Berlin           | 62  | Polnisch-katholischer St. Sebastianverein .....                     | 6,00   |
| Geesthacht       | 63  | Polnisch-katholischer St. Josephverein .....                        | 21,60  |
| Bückgen          | 64  | Polnisch-katholischer Arbeiterverein .....                          | 20,60  |

Zusammen 1276,60

**Zusammenſetzung:**

|                                            |             |
|--------------------------------------------|-------------|
| Die Einnahme betrug .....                  | 1276,60 M.  |
| Die Ausgabe betrug .....                   | 1210,86 „   |
| Es verbleiben .....                        | 65,74 M.    |
| Bestand aus dem IV. Vierteljahr 1910 ..... | 11187,87 „  |
| Gesamtſumme für das II. Vierteljahr .....  | 11255,61 M. |



## Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 188 des Dziennik Polski (Lemberg)  
vom 12. Juli 1911:

### Betrifft die Grunwaldspende.

Der Hauptvorstand des Volksschulvereins veröffentlicht einen umfangreichen Bericht über Einzelheiten der Grunwaldspende. Daraus ist zu ersehen, daß die im Sinne des Beschlusses des Hauptvorstandes des Volksschulvereins vom Jahre 1909 vollständig unabhängig von den anderen Vereinsfonds verwaltete Grunwaldspende Ende des Jahres 1909 an Deklarationen und einmaligen Spenden die Höhe von einer Million Kronen erreicht hat. Von diesem Augenblick an ist erst die Festlegung der Grundsätze, nach denen sie zur Verwendung gelangen soll, aktuell geworden. Die Sache wurde in zwei Sitzungen im September und Dezember 1910 vom Hauptvorstande des Volksschulvereins besprochen, und man gelangte zu folgenden Anträgen:

1. Die Grunwaldspende zur Förderung der Grenzschnulen soll unausgesetzt so lange gesammelt werden, bis die Höhe der Deklarationen und einmaligen Spenden den Betrag von zwei Millionen Kronen erreicht hat.
2. die erste Million Kronen wird zur sofortigen Verwendung zu Ankaufs- oder Bauzwecken überwiesen, sowie zur Organisation von Volks- und Mittelschulen bestimmt werden; die zweite Million dagegen wird den Reservefonds bilden, hinsichtlich dessen noch ein besonderer Beschluß des Hauptvorstandes gefaßt werden wird.
3. Hinsichtlich der Ausgaben aus der ersten Million werden diese in der Weise stattfinden, daß sie ungefähr zu gleichen Teilen die Bedürfnisse der Ost- und Westmarken befriedigen, wobei der für die Westmarken entfallende Teil lediglich für Ankauf von Grund und Boden, sowie von Immobilien und Einrichtungen oder für die Deckung von Schulhausbauten, mit Ausschluß der Schulerhaltungskosten Verwendung finden soll, während der für die Ostmarken bestimmte Teil zur Deckung der mit der Organisation, Einrichtung und Erhaltung der Schulen mit polnischen Minderheiten in Gemeinden, in denen die ruthenische Unterrichtssprache eingeführt ist, verknüpften Kosten dienen soll.

Den obigen grundsätzlichen Beschlüssen entsprechend, hat der Hauptvorstand des Volksschulvereins, bei genauer Beachtung der Deklarantenwünsche, sich dahin geeinigt, daß die für die Grunwaldspende eingehenden Beträge in zwei besondere Teile geschieden werden: in den Ostmarkenfonds, der in den Lemberger Geldanstalten untergebracht wird, und in den Westmarkenfonds, der in der Zweiganstalt der Arakauer Landesbank hinterlegt wird.

Aus dem erstgenannten Fonds wurden für bereits in Angriff genommene Arbeiten bis zum 31. Dezember 1910 etwa 19 002 Kronen ausgegeben.

Der Westmarkenfonds wurde gleich fast gänzlich verbraucht, weil der Hauptvorstand des Volksschulvereins gezwungen war, bei seiner Tätigkeit in den Westmarken, größere Schulgebäude zu errichten, wie z. B. in Bielitz und Orlau, sowie Grund und Boden für neue polnische Schulen zu kaufen. Außerdem wurden in zwei Fällen sichergestellte Darlehen gewährt, die die Errichtung polnischer Schulen ermöglichten in Gemeinden, denen die Germanisierung durch den deutschen Schulverein drohte. Die Ausgaben aus diesem Fonds betrugen am 31. Dezember 1910 im ganzen 168 741,99 Kronen. Davon entfallen auf

|                          |               |
|--------------------------|---------------|
| Bielitz .....            | 74 863,21 Kr. |
| Orlau .....              | 49 856,98 "   |
| andere Ortschaften ..... | 44 201,80 "   |

Die Gesamtsumme der aus der Grunwaldspende von dem Hauptvorstande des polnischen Volksschulvereins bewilligten Ausgaben beträgt demnach 187 744,19 Kronen. Natürlich finden die verausgabten Beträge vollständige Deckung in dem wirklichen Werte der errichteten Schulgebäude, in dem Inventar und den Schulsammlungen.

Am Schluß seines Berichtes hebt der Vereinsvorstand hervor, daß die polnische Gesellschaft in den letzten zwei Jahren, also seit dem Bestehen der Grunwaldspende, bedeutend weniger für die laufenden Bedürfnisse des Volksschulvereins und anderer verwandter Bildungsanstalten opfere, ohne zu ahnen, daß auch diese laufenden Ausgaben von Tag zu Tag wuchsen, aus dem Grunwaldfonds aber nicht gedeckt werden durften. . . . Wir wollen jedoch, heißt es dort zum Schluß, die Hoffnung nicht aufgeben, daß die polnische Gesellschaft nicht nur nicht gestatten werde, daß unsere Arbeit Unterbrechung erleide, sondern daß sie uns auch schnell und kräftig in dem Bewußtsein helfen werde, daß die kulturelle Arbeit den mächtigsten Hebel auf der Bahn zur Freiheit bilde.

Wir schließen deshalb mit dem Rufe: Denket an die Grunwaldspende für die Grenzschnulen!

Denket an die fortwährenden, täglich immer größer werdenden Ausgaben für die laufenden Bedürfnisse des Volksschulvereins!

Aus Nr. 117 des Deutschen Volksblattes für Galizien  
(Lemberg)

vom 14. Juli 1911:

### Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!

Vor kurzem hatte der Schreiber dieser Zeilen Gelegenheit, einer deutschen Versammlung in unserem Lande beizuwohnen, in welcher ein Redner mit vielem Schwung und großem Nachdruck dieses schöne Bismardwort anführte. Auch sonst war die Stimmung der Versammlung eine außerordentlich mutige. Man hätte denken sollen, daß man es hier mit lauter Helden zu tun hätte, mit lauter Männern, die bereit wären, für ihr Volkstum Gut und Blut dahin zu geben.

Leider trügt der Schein. Auch in obigem Falle mußte ich bald nachher sehr schmerzliche Enttäuschungen erleben. Ein guter Bekannter, der der betreffenden Versammlung auch beigewohnt hatte, klärte mich nachher auf, und sagte mir: „Ja, das können unsere guten Deutschen: Heil schreien und allenfalls ein paar deutsche Lieder singen und deutsche Ansichtskarten schreiben, und, wenn es nötig ist, auch zu Ehren des deutschen Volkes und für gute deutsche Zwecke ein paar Fässer Bier auslaufen und eine Nacht durchtanzen. Wenn sie aber vor den Polen ihr Deutschtum bekennen sollen, dann sind sie armselige Feiglinge, elende Memmen. Er führte mir etliche Beweise an. Er erzählte mir, daß einige der deutschen Männer, um die es sich da handelte, in der Stadt Söhne auf dem Gymnasium hätten, und daß sie dort unter ihrer Zustimmung als Polen eingeschrieben seien. „Es könnte ihnen schaden, wenn man sie als Deutsche einschreibt!“ sagte mir der brave Verfechter seines Volkstums. Bei einem Zweiten sah ich an der Wand ein polnisches Bild mit polnischer Unterschrift hängen. Ich erfuhr, daß dieser Bejud vom Herrn Bezirkssekretär bekäme und daß er diesem zuliebe das polnische Bild hängen hatte, obwohl er selbst nicht recht verstand, was es bedeutete.



Kein Wunder, daß auch bei den Wahlen, die jetzt hinter uns liegen, sich so viel erbärmliche Feigheit und Menschenfurcht gezeigt hat. „Wir können nicht für die Ruthenen stimmen“, schrieb mir ein sonst ganz gut deutsch gesinnter Mann, aus einem rein deutschen Dorfe, — „denn sonst wird uns der Förster nicht mehr erlauben, Holz aus dem Wald zu holen!“ „Wir müssen für den polnischen Kandidaten stimmen“, hieß es an einem anderen Orte, denn man hat uns gedroht, daß wir größere Steuern zahlen müssen, wenn wir das nicht tun!“ Die Polen jubeln darüber, daß bei den letzten Wahlen in Ostgalizien, in den ruthenischen Wahlbezirken, überall die Zahl polnischer Stimmen so stark zugenommen habe. Jeder, der dem ganzen Schwindel zugehört hat, weiß ganz genau, daß das lediglich von einem unerhörten Druck kommt, der überall auf die armen Bauern ausgeübt wurde. Und leider spielt ja die Furcht auch bei den Deutschen noch immer eine große Rolle. Wenn wir mehr wirkliche Männer hätten, Männer, denen ihre Überzeugung, ihr Gewissen heilig ist, dann würde es um das deutsche Volk in Galizien ganz anders aussehen!

Es ist sehr merkwürdig, und gibt viel zu denken, daß die Sozialisten bei den letzten Wahlen so große Erfolge gehabt haben. Zwar wird von allpolnischer Seite der Statthalter beschuldigt, er habe die sozialistischen Kandidaten begünstigt. Es braucht aber nicht bewiesen zu werden, daß das eine ganz alberne und unwahre Behauptung ist. Die Regierung hat jedenfalls auch gegenüber den sozialistischen Kandidaturen alle Mittel aufgewandt, die ihr nur zur Verfügung standen, um die Sozialisten zu Fall zu bringen. Und doch ist es ihr nicht gelungen — warum? Der einzige Erklärungsgrund für diese Erscheinung ist der, daß die Sozialisten sich nicht aufspielen lassen, wie leider die arme Landbevölkerung, unsere deutschen Kolonisten eingeschlossen, auf den Dörfern. Der sozialistische Arbeiter in Krakau, Lemberg, Przemyśl läßt sich nicht mehr mit kindischen Mitteln einschüchtern; er weiß sehr gut, daß diejenigen, welche ihn durch Drohung oder Bestechung zwingen wollen, einem Kandidaten ihre Stimme zu geben, vor dem Gesetz strafbar sind, ganz einerlei, ob sie auch k. k. Beamte oder hohe Herren sind. Man muß es k. k. Beamte oder hohe Herren sind. Man muß es rückhaltlos anerkennen, daß die Sozialisten in dieser Beziehung ihre Leute besser zu Männern erzogen haben, als es uns national bisher gelungen ist. Das ist tief schmerzlich; das darf auch unbedingt nicht länger so bleiben. Die alberne Furcht vor Menschen, das feige Sich ducken, das muß weg! Fangen wir jetzt sofort an, unsere deutschen Brüder überall aufzuklären, denn vielfach ist es ja nur Unwissenheit und Unerfahrenheit; es ist vielfach noch die dem einfachen Landmann an-erzogene unwillkürliche Ehrfurcht vor dem Höhergestellten, dem Gebildeten oder dem, der ein k. k. vor seinen Titel setzen kann, was diese undeutsche erbärmliche Kriecherei und Gesinnungslosigkeit erzeugt. In manchen Fällen freilich ist es auch ganz einfach Geschäft und Charakterlosigkeit. Solche, die um eines persönlichen Vorteils willen ihr Volk verraten, ihre Überzeugung verkaufen, die sollen und müssen öffentlich gebrandmarkt werden. Es muß aber auch solchen endlich einmal kräftig zu Gemüt geführt werden, wie dumm und einseitig sie sind, wenn sie sich um ein paar Gulden oder irgend eines andern geringen Vorteils willen dazu hergeben, Männer ins Parlament zu bringen, die nachher dem deutschen Volk und dem österreichischen Staatsgedanken und damit auch unsern deutschen Kolonien in Galizien nur schaden.

Es gibt, Gottlob, auch zahlreiche deutsche Gemeinden und deutsche Volksgenossen in unserm Lande, die bereits zum Mannesmut und zur Selbständigkeit erwacht sind. Es muß unermüdlich weiter gearbeitet werden, in den

Schulen, in den Ortsgruppen, bei den deutschen Festen, und bei jeder Gelegenheit, um diejenige Gesinnung in unserem Volk groß zu ziehen, durch die es allein frei, stark und blühend werden kann; jenen echten Mannesmut, von dem einst Ernst Moritz Arndt gesungen hat:

„Der Gott, der Eisen wachsen ließ,  
Der wollte keine Knechte,  
Drum gab er Säbel, Schwert und Spieß  
Dem Mann in seine Rechte.  
Drum gab er ihm den kühnen Mut,  
Den Zorn der freien Rede  
Daß er bestände bis aufs Blut,  
Bis in den Tod die Fehde.“

Aus Nr. 268 des *Ślowo Polskie* (Lemberg)  
vom 10. Juli 1911:

### Eine unvermittelte Zusammenkunft des Krakauer Gaus.

Der Gedanke des Krakauer Sokolvereins, Gautage ohne vorhergehende, ein paar Tage im voraus angekündigte Vorbereitungen mit Übungen zu veranstalten, die zum ersten Male kurz vor ihrer definitiven Ausführung versucht werden, erwies sich als sehr gut und gewinnt immer mehr Anhänger. Die diesjährige Zusammenkunft dieser Art ist unverhofft gelungen. Sie war verbunden mit dem Marsch einiger Kolonnen, die sich aus räumlich einander sehr nahen, an einem bestimmten Orte zusammentreffenden Vereinsgruppen zusammensetzten.

Die eine Kolonne, die aus dem Krakauer und den Nachbarvereinen bestand, marschierte von Arzeszowice auf Trzebinia zu nach dem Dorfe Młoszowa. Die zweite Kolonne, bestehend aus den schlesischen Vereinen und denen um Biala und Radowice herum marschierte von der Bahnstation Libionz aus nach dem Dorfe Kroczyńsk südwestlich von Chrzanow. Die dritte, die aus den Vereinen Chrzanow, Szczafowo und denen aus der Umgegend, sowie aus den „Nachbarvereinen“ bestand (so werden diejenigen bezeichnet, von denen man nicht sprechen darf), marschierte von der Station Gionzkowice nach dem Dorfe Łuszkowice. Es war das also ein Konzentrationsmarsch dreier Kolonnen, ein Marsch, der für jede Kolonne etwa 20 Kilometer betrug und erschwert wurde durch Versuche des Erkundungsdienstes und durch Bestrebungen, das Sichvereinigen der Kolonnen zu verhindern. Es war das somit ein durch Übungsversuche im Gelände abwechslungsreich gestalteter Marsch. Zu diesem Zwecke wurden entsprechende Aufträge erteilt; man organisierte die Art und Weise des Unterhalts und des Verbringens der Nacht von Sonntag auf Montag usw.

Die Aufgabe ist ganz korrekt und gewissenhaft ausgeführt worden. Die Sokols, deren sich in Chrzanow und Trzebinia etwa 1000 (genau 961, ferner 63 weibliche, die an den Gauübungen am Montag teilnahmen) zusammengefunden hatten, kehrten trotz der zweitägigen anstrengenden Arbeit vollbefriedigt und in der Überzeugung nach Hause zurück, daß Übungen dieser Art öfter in kleinerem Umfange stattfinden sollten.

Noch einige Einzelheiten aus diesen beiden Tagen. Am Sonntag schlossen die Marschübungen um etwa 2 Uhr mittags mit dem Zusammentreten auf einem



großen Anger bei Trzebinia. Nach der Rast wurden die Befehle ausgegeben, die sich auf die Übungen des folgenden Tages bezogen, nebst dem Programm der sofort vorzunehmenden, mit einem allgemeinen Exerzieren schließenden Übungen. Die Nacht sollte im Freien verbracht werden. Weil es aber heftig regnete, was dies unmöglich machte, bezog man nach Möglichkeit Quartiere in Chrzanow und Trzebinia. Die „Nachbarvereine“ bivakierten. Montag früh besaß sich ein Teil mit weiteren Übungsproben bei Trzebinia, ein Teil ging zur Kirche, dann wurde ein gemeinsames Exerzieren vorgenommen. Nachmittags führte man

auf dem in Chrzanow provisorisch hergerichteten Plätze Übungen durch, Freiübungen in 4 Bildern, Lanzen-, Karabinerübungen, die Damen mit Stäben und die „Nachbarn“ mit Reilhauen.

Während dieser ganzen Zeit sah Chrzanow wie während einer Kriegszeit aus. Unablässig zogen Patrouillen zu Fuß, zu Pferde und zu Rade hindurch. Bald marschierten Abteilungen in geschlossenem Zuge durch die Straßen, dem angewiesenen Plätze zustrebend. Und überall herrschte große Lust und Regsamkeit. Vielleicht findet dieser Typus von Sokol-Musterversammlungen für ständig Eingang.